

Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa
und Verbraucherschutz | Fleethörn 29-31 | 24103 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Lars Harms, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1899

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

über das:
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 28.08.2023
gez. Staatssekretär
Oliver Rabe

Europäische Territoriale Zusammenarbeit:

Vereinbarung zur Einrichtung des

Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur

08. August 2023

**Durchführung des Kooperationsprogramms Interreg VI A Deutschland-Danmark
2021-2027**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das MLLEV hat als Träger der unabhängigen Prüfbehörde des Kooperationsprogramms Interreg VI A „Deutschland-Danmark“ 2021-2027 die o. g. Vereinbarung unterzeichnet. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat das Land zugesagt, die Kosten für die unabhängige Prüfbehörde für die Dauer der Programmdurchführung (voraussichtlich bis 2030) zu tragen

und künftig diese Kosten den deutschen Programmpartnern nicht mehr in Rechnung zu stellen. Somit verzichtet das Land auf Einnahmen i. H. v. ca. 111.156 € in den Haushaltsjahren 2024-2030. Ein Mehrbedarf für den Einzelplan 08 besteht nicht, da die tatsächlichen Kosten wie Personal-, Overhead- und Reisekosten für die Europäische Prüfbehörde, die die Aufgaben der Prüfbehörde und des deutschen Vertreters in der Prüfergruppe übernimmt, bereits im Haushalt des MLLEV veranschlagt sind. Über dieses Vorhaben wurde über den Finanzausschuss hinaus im Vorwege der Landtag im Rahmen der Vorlage des Europaberichts 2022-2023 (Drs. 20/788, S. 56 f.) unterrichtet, so dass der parlamentarische Informationsanspruch gewahrt wurde.

Anbei übersende ich dem Finanzausschuss daher den Wortlaut der Vereinbarung nachträglich zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Werner Schwarz

Anlagen: 1

Vereinbarung
zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchfüh-
rung des Kooperationsprogramms
Interreg VI A¹ Deutschland-Danmark 2021-2027

Aftale
om etablering af forvaltnings- og kontrolsystemet og om
gennemførelsen af samarbejdsprogrammet
Interreg VI² A Deutschland-Danmark 2021-2027

Deutsche Fassung S. 2-16
dänische Fassung S. 17-30
Unterschriften S. 31-32
Anlagen S. 33-55

Tysk version s. 2-16
Dansk version s. 17-30
Underskrifter s. 31-32
Bilag s. 33-56

¹ Nachfolgend Interreg 6A

² Efterfølgende kaldt Interreg 6A

Inhalt

Vorbemerkung.....	3
Artikel 1 Gegenstand der Vereinbarung	4
Artikel 2 Einrichtungen für die Durchführung des Programms	5
1. Verwaltungsbehörde.....	5
2. Sekretariat	6
3. Interreg-Ausschuss.....	6
4. Prüfbehörde und Second Level Prüfung.....	7
Artikel 3 Budget der Technischen Hilfe.....	8
Artikel 4 Festlegung von Prozessen und Abläufen für die Durchführung des Programms	10
1. Auszahlungen.....	10
2. Elektronisches Datenaustauschsystem	11
3. Projektbewertung, Projektauswahl und Vertragsabschluss.....	11
4. Beschwerdemanagement.....	12
Artikel 5 Festlegungen im Fall von Schwierigkeiten bei der Durchführung	12
1. Haftung der Programmpartner.....	12
2. Unregelmäßigkeiten und Wiedereinziehung von Beträgen	13
3. Finanzkorrekturen und Systemfehler.....	13
4. Unterbrechung oder Aussetzung von Zahlungen	14
5. Gerichtliche und außergerichtliche Verfahren gegen Projektpartner	14
6. Zahlungsunfähigkeit von Projektpartnern.....	14
7. Regelungen zum Programmabschluss.....	15
Artikel 6 Weitere Regelungen	15
1. Festlegung der Arbeitssprachen	15
2. Mitwirkung bei der Kommunikationsarbeit	15
3. Vorbereitung der nächsten Förderperiode	15
4. Nichtbeachtung von Vereinbarungen und Fristsetzungen – Sanktionen.....	15
5. Änderungen der Vereinbarung	16
6. Schiedsklausel.....	16
Artikel 7 Inkrafttreten und Geltungsdauer.....	16
Anlage 1 Genehmigung des Programms durch die EU-Kommission	33
Anlage 2 Aufgabenverteilung zwischen Verwaltungsbehörde und Sekretariat.....	39
Anlage 3 Budget der Administration und Finanzierung (Technische Hilfe Interreg 6A 2021-2030)	55

**Vereinbarung
zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperati-
onsprogramms
Interreg 6 Deutschland-Danmark 2021-2027**

zwischen

der **Region Sjælland** und der **Region Syddanmark** auf dänischer Seite und den **Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein** und **Plön** sowie den Städten **Kiel, Flensburg, Neumünster** und **Lübeck** auf deutscher Seite, im weiteren einzeln oder gemeinsam „Programmpartner“ genannt,

der **Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zur Helling 5-6, 24143 Kiel, Deutschland**, vertreten durch den Vorstand, als Verwaltungsbehörde des Programms, im Weiteren „IB.SH“ genannt, sowie

dem Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde des Programms, im weiteren „MLLEV“ genannt.

Um das Unterzeichnungsverfahren zu vereinfachen, schließt jeder Programmpartner die vorliegende Vereinbarung mit identischem Wortlaut bilateral mit der IB.SH und dem MLLEV für die Prüfbehörde ab. Alle einzelnen Ausfertigungen der Vereinbarung sollen dabei eine gemeinsame Vereinbarung bilden, die nur aufgrund eines einstimmigen Beschlusses aller Programmpartner, der IB.SH und des MLLEV für die Prüfbehörde geändert werden kann.

Vorbemerkung

Die in dieser Vereinbarung verwendeten Amts- und Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral aufzufassen.

Das Land Schleswig-Holstein und Erhvervsstyrelsen werden nicht Parteien der Vereinbarung, willigen aber in den Abschluss dieser Vereinbarung ein.³ Erhvervsstyrelsen wird zudem noch eine gesonderte

³ Nachrichtlich: Das Land Schleswig-Holstein gem. § 8 Abs. 2 Investitionsbankgesetz und Erhvervsstyrelsen gem. § 25 Bekendtgørelse Nr. 162 af 28. januar 2022 om henlæggelse af visse beføjelser til Erhvervsstyrelsen efter lov om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling (henlæggelsesbekendtgørelsen).

Vereinbarung mit den beiden dänischen Regionen schließen, durch die die Rolle des Programmpartners auf dänischer Seite delegiert wird.

Artikel 1

Gegenstand der Vereinbarung

- a. Die Programmpartner, die Verwaltungsbehörde und die Prüfbehörde werden gemeinschaftlich das Kooperationsprogramm „Interreg VI-A Deutschland-Danmark 2021-2027“ (CCI 2021TC16RFCB048) – im weiteren „Programm“ genannt - gemäß dem Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission vom 29.04.2022 (Anlage 1) unter Beachtung insbesondere der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 – im weiteren „VO (EU) 2021/1060“ genannt – und der Verordnung (EU) 2021/1059 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 – im weiteren „VO (EU) 2021/1059“ genannt – sowie den zu diesen Verordnungen von der Europäischen Kommission erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten durchführen. Auf dänischer Seite wird das Programm außerdem durchgeführt in Übereinstimmung mit lov om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling, jf. lovbekendtgørelse 160 af 7. februar 2019 som ændret ved lov nr. 2381 af 14.12.2021 og bekendtgørelserne nr. 161 af 28. januar 2022 om henlæggelse af visse beføjelser til Erhvervsstyrelsen efter lov om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling (henlæggelsesbekendtgørelsen), bekendtgørelse nr. 162 af 28. januar 2022 om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond og Den Europæiske Socialfond Plus (administrationsbekendtgørelsen), bekendtgørelse nr. 285 af 1. marts 2022 om støtteberettigelse, regnskab, revision og kontrol m.v. i forbindelse med udbetaling af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling (regnskabsbekendtgørelsen) - (Gesetz über die Verwaltung von Zuschüssen aus dem Europäischen Regionalfonds, dem Europäischen Sozialfonds Plus und dem Fonds für einen gerechten Übergang, vgl. Durchführungsverordnung 160 vom 7. Februar 2019, geändert durch Gesetz Nr. 2381 vom 14.12.2021 und Bekanntmachung Nr. 161 vom 28. Januar 2022 über die Übertragung bestimmter Befugnisse an die dänische Unternehmensbehörde gemäß dem Gesetz über die Verwaltung von Zuschüssen aus dem Europäischen Regionalfonds, dem Europäischen Sozialfonds Plus und dem Fonds für einen gerechten Übergang, Bekanntmachung Nr. 162 vom 28. Januar 2022 über die Verwaltung von Zuschüssen aus dem Europäischen Regionalfonds und dem Europäischen Sozialfonds Plus, Bekanntmachung Nr. 285 vom 1. März 2022 über die Zuwendungsberechtigung, Rechnungslegung, Prüfung und Kontrolle usw. im Zusammenhang mit der Auszahlung von Zuschüssen aus dem Europäischen Regionalfonds, dem Europäischen Sozialfonds Plus und dem Fonds für einen gerechten Übergang).
- b. Die Aufgaben und Pflichten bei der Programmdurchführung werden im Rahmen dieser Vereinbarung zwischen den Programmpartnern, der IB.SH und dem MLLEV für die Prüfbehörde geregelt.

- c. Alle Programmbeteiligten verpflichten sich gegenseitig zur verantwortlichen Mitwirkung für die Wirksamkeit und Ordnungsmäßigkeit der Verwaltung und Durchführung des Programms.

Artikel 2

Einrichtungen für die Durchführung des Programms

Für die Programmdurchführung werden folgende Behörden und Stellen eingerichtet:

1. Eine Verwaltungsbehörde
2. Ein gemeinsames Sekretariat, im weiteren „Sekretariat“ genannt
3. Ein Begleitausschuss, im weiteren „Interreg-Ausschuss“ genannt
4. Eine Prüfbehörde, die unterstützt wird von einer Prüfergruppe.

1. Verwaltungsbehörde

- a. Die Verwaltungsbehörde ist verantwortlich für die Verwaltung und Durchführung des Programms in seiner Gesamtheit. Sie nimmt auf der Grundlage von Art. 76 VO (EU) 2021/1060 und Art. 47 VO (EU) 2021/1059 gleichzeitig den Aufgabenbereich „Rechnungsführung“ wahr.
- b. Die Programmpartner haben in ihren Steuerungsgruppentreffen am 22.06.2020 und am 17.06.2021 beschlossen, dass die Verantwortung und die Funktion als Verwaltungsbehörde im Sinne von Art. 72, 74 und 75 VO (EU) 2021/1060 und Art. 46 VO (EU) 2021/1059 sowie die Wahrnehmung des Aufgabenbereichs „Rechnungsführung“ im Sinne von Art. 76 VO (EU) 2021/1060 und Art. 47 VO (EU) 2021/1059 der IB.SH übertragen werden. Die Verwaltungsbehörde hat ihren Sitz in der IB.SH in Kiel, Deutschland.
- c. Die Verwaltungsbehörde richtet in Absprache mit den Programmpartnern ein gemeinsames Sekretariat gem. Art. 46 Abs. 2 VO (EU) 2021/1059 ein, das die Verwaltungsbehörde und den Interreg-Ausschuss bei der Durchführung ihrer jeweiligen Aufgaben unterstützt.
- d. Die IB.SH ist Anstellungsträger der Mitarbeiter der Verwaltungsbehörde.
- e. Im Rahmen ihrer Aufgaben legt die Verwaltungsbehörde, insbesondere auch in Verbindung mit dem Aufgabenbereich „Rechnungsführung“, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Betrug fest.
- f. Die Programmpartner beauftragen die Verwaltungsbehörde, ihre Aufgaben im gesamten Programmgebiet wahrzunehmen.
- g. Die Verwaltungsbehörde hat allen Pflichten, die sich aus den in Art. 1 a) dieser Vereinbarung genannten Verordnungen, dem Programm, dem Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission zur Genehmigung des Programms sowie dieser Vereinbarung ergeben, nachzukommen. Ungeachtet dessen hat sie ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden institutionellen, gesetzlichen und finanziellen Bestimmungen auszuführen.
- h. Die Programmpartner verpflichten sich gegenüber der IB.SH zur verantwortlichen Mitwirkung bei der Verwaltung und Durchführung des Programms.

- i. Die Verwaltungsbehörde verpflichtet sich dazu, dass im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs die Programmpartner relevantes Wissen zur Programmdurchführung erhalten und dass sie in Angelegenheiten administrativen Charakters, die sich an die Durchführung des Programms oder diese Vereinbarung knüpfen, einbezogen werden.
- j. Die Aufgaben der Verwaltungsbehörde ergeben sich aus der Anlage 2 dieser Vereinbarung.
- k. Die Finanzierung der Aufgaben der Verwaltungsbehörde erfolgt gemäß Artikel 3 (Technische Hilfe).

2. Sekretariat

- a. Die Programmpartner haben in ihren Steuerungsgruppentreffen am 22.06.2020 und am 17.06.2021 beschlossen, der Region Syddanmark die Aufgabe des Sekretariates zu übertragen. Das Sekretariat hat seinen Sitz in Kruså, Dänemark und nimmt seine Aufgaben im ganzen Programmgebiet für alle gleichermaßen wahr.
- b. Die Region Syddanmark ist Anstellungsträger der Mitarbeiter des Sekretariates.
- c. Das Sekretariat unterstützt die Verwaltungsbehörde sowie den Interreg-Ausschuss bei der Durchführung ihrer jeweiligen Aufgaben. Das Sekretariat informiert potenzielle Begünstigte über Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms, unterstützt potenzielle Begünstigte bei der Antragstellung und unterstützt die Begünstigten (Leadpartner und Projektpartner) bei der Durchführung der Vorhaben (im Weiteren auch „Projekte“ genannt).
- d. Die Aufgaben des Sekretariates ergeben sich aus Anlage 2 dieser Vereinbarung. Zur Ausübung dieser Aufgaben kann das Sekretariat im Rahmen der Verfügbarkeit der ihm zugewiesenen Mittel der Technischen Hilfe, eigenständig Verträge mit Dritten eingehen und Verbindlichkeiten begründen.
- e. Die Finanzierung der Aufgaben des Sekretariates erfolgt gemäß Artikel 3 (Technische Hilfe).

3. Interreg-Ausschuss

- a. Binnen drei Monaten nach dem Datum der Benachrichtigung über den Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission zur Genehmigung des Programms richten die Programmpartner in Absprache mit der Verwaltungsbehörde gem. Art. 38 VO (EU) 2021/1060 und Art. 28 VO (EU) 2021/1059 den Interreg-Ausschuss ein.
- b. Der Interreg-Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Programmpartner sowie Vertretern der Partner gem. Art. 8 VO (EU) 2021/1060 zusammen. Ein Vertreter der Europäischen Kommission nimmt in begleitender und beratender Funktion an der Arbeit des Interreg-Ausschusses teil. Die Verwaltungsbehörde nimmt am Ausschuss in beratender Funktion teil. Gem. Art. 29 VO (EU) 2021/1059 haben die beteiligten Programmpartner die Zusammensetzung des Ausschusses festgelegt, die in der Geschäftsordnung des Ausschusses aufgeführt wird. Die Verwaltungsbehörde wird die Programmpartner bzw. die dort genannten Organisationen zur Benennung der Mitglieder und jeweils eines Stellvertreters unter Berücksichtigung der programmspezifischen Verfahren und der nationalen Regeln zur Besetzung des Interreg-Ausschusses auffordern.
- c. Der Interreg-Ausschuss vergewissert sich der Effizienz und Qualität der Durchführung des Programms durch Wahrnehmung der Aufgaben gem. Art. 40 VO (EU) 2021/1060 sowie Art. 30 VO

- (EU) 2021/1059. Der Interreg-Ausschuss ist zugleich für die Auswahl der Projekte nach Art. 22 VO (EU) 2021/1059 verantwortlich und legt gemäß Art. 37 Abs. 2 VO (EU) 2021/1059 zusätzliche Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben fest. Eine Zusammenfassung aller Aufgaben des Interreg-Ausschusses wird der Geschäftsordnung des Ausschusses als Anlage beigefügt.
- d. Der Interreg-Ausschuss gibt sich gem. Art. 38 Abs. 2 VO (EU) 2021/1060 und Art. 28 Abs. 2 VO (EU) 2021/1059 in der ersten regulären Sitzung eine Geschäftsordnung, einschließlich Bestimmungen über die Anwendung des Grundsatzes der Transparenz sowie Bestimmungen die gewährleisten, dass es bei der Auswahl von Projekten zu keinen Interessenkonflikten kommt.
 - e. Alle Beschlüsse des Interreg-Ausschusses werden durch die Mitglieder im Konsens, d.h. einstimmig getroffen. Enthaltungen sind möglich.
 - f. Dem Interreg-Ausschuss sitzen ein dänischer und ein deutscher Vorsitzender sowie jeweils ein Stellvertreter vor. Ihre Aufgaben gehen aus der Geschäftsordnung des Ausschusses hervor. Zu den Aufgaben der Vorsitzenden zählt auch die Vertretung der Programmpartner im Beschwerdemanagement des Programms (Art. 4, Abs. 4 dieser Vereinbarung).

4. Prüfbehörde und Second Level Prüfung

- a. Die Prüfbehörde hat ihren Sitz gemäß Art. 45 VO (EU) 2021/1059 in demselben Mitgliedsstaat, in dem auch die Verwaltungsbehörde ansässig ist, also in Deutschland. Das MLLEV mit Sitz in Kiel übernimmt die Funktion der Prüfbehörde nach Art. 71 VO (EU) 2021/1060.
- b. Das MLLEV ist Anstellungsträger der Mitarbeiter der Prüfbehörde und des deutschen Vertreters in der Prüfergruppe.
- c. Die Prüfbehörde nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus Art. 77 VO (EU) 2021/1060 und Art. 48 VO (EU) 2021/1059 ergeben. Die Verwaltungsbehörde stellt der Prüfbehörde die zur Ausübung ihrer Aufgaben nötigen Daten zur Verfügung und gewährt ihr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personal- und Sachmittel im Rahmen der Technischen Hilfe die nötige Unterstützung.
- d. Die Prüfbehörde wird gem. Art. 48 Abs. 1 VO (EU) 2021/1059 von einer Prüfergruppe unterstützt, die jeweils einen Vertreter Dänemarks und Deutschlands umfasst. Die Prüfergruppe wird innerhalb von drei Monaten nach dem Beschluss zur Genehmigung des Programms eingesetzt und erstellt ihre Verfahrensregeln. Den Vorsitz führt die Prüfbehörde.
- e. Die Prüfbehörde und der deutsche Vertreter in der Prüfergruppe, den das MLLEV stellt, werden durch das MLLEV finanziert. Der dänische Vertreter in der Prüfergruppe wird vom dänischen Mitgliedstaat benannt und finanziert. Die Finanzierungen gelten für die Laufzeit des Programms bis zum Programmabschluss, den die Europäische Kommission feststellt.
- f. Die Prüfbehörde nimmt auch die Aufgaben im Zusammenhang mit der Auswahl einer gemeinsamen Stichprobe für Gruppen von Interreg-Programmen durch die Europäische Kommission gem. Art. 49 Abs. 2 VO (EU) 2021/1059 für das Programm wahr.

Artikel 3

Budget der Technischen Hilfe

- a. Die Budgetplanung in Anlage 3 deckt die Jahre 2022-2030 der Programmdurchführung ab.
- b. Gem. Art. 27 VO (EU) 2021/1059 werden für die Technische Hilfe EFRE-Mittel in Höhe von 7 % als Pauschalfinanzierung erstattet, indem der Prozentsatz auf die förderfähigen Ausgaben angewendet wird, die in den entsprechenden Zahlungsanträgen bei der Europäische Kommission angegeben sind. Diese Mittel werden für die Ausgaben der Verwaltungsbehörde und des Sekretariats für die Programmdurchführung aufgewendet. Zur Deckung aller nicht durch EFRE-Mittel gedeckten Kosten verpflichten sich die Programmpartner, eine ergänzende Kofinanzierung zu leisten.
- c. Die Programmpartner sind sich einig, der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat, eine Kofinanzierung durch die Programmpartner in Höhe von 6,3 Mio. Euro gem. Anlage 3 bereitzustellen. Die Programmpartner sind gem. Beschluss der Steuerungsgruppe vom 17.06.2021 von der Annahme ausgegangen, dass der durch die Europäische Kommission bereitgestellte ERFE-Anteil gleichermaßen 6,3 Mio. Euro beträgt. Dabei kommen die deutschen und die dänischen Programmpartner jeweils für 50 % der erforderlichen nationalen Kofinanzierung auf.
- d. Die Region Syddanmark übernimmt Büro- und Verwaltungskosten des Sekretariates in Höhe von 535.133 Euro.
- e. Die Finanzierungsanteile eines jeden Programmpartners ergeben sich aus der Anlage 3. Demnach leisten die Region Syddanmark 59,33 % und die Region Sjælland 40,67 % der zu zahlenden Kofinanzierung für die dänische Seite. Die zu zahlende Kofinanzierung für die deutsche Seite setzt sich wie folgt zusammen: Alle deutschen Programmpartner zahlen eine jährliche Kofinanzierung, die sich aufteilt in einen Sockelbetrag von 15.000 € pro Partner per anno und eine restliche Summe per anno, die sich über den Bevölkerungsanteil eines jeden deutschen Programmpartners errechnet. Auf dänischer Seite wird der Finanzierungsanteil ebenfalls über die Bevölkerungszahl berechnet. Die Beträge ergeben sich aus Anlage 3.
- f. Für die Kofinanzierung der Programmpartner wird ein gesondertes Konto (Kofinanzierungskonto) bei der IB.SH eingerichtet. Nach Aufforderung durch die Verwaltungsbehörde sind die jeweiligen Anteile der Programmpartner gem. Anlage 3 bis zum 31.03. eines Kalenderjahres auf das Kofinanzierungskonto zu zahlen. Die genaue Kontoverbindung wird den Programmpartnern unverzüglich nach Abschluss dieser Vereinbarung mitgeteilt.
- g. Jeder Programmpartner ist selbst dafür verantwortlich, die vereinbarte Kofinanzierung in ausreichender Höhe für die gesamte Programmlaufzeit in seinem Haushalt bereit zu stellen, so dass sie bis zum Jahr 2030 verfügbar ist.
- h. Bei der Budgetplanung gem. Anlage 3 wird von einem gleichbleibenden Mittelabfluss und damit einer gleichbleibenden Kofinanzierung über die Kalenderjahre 2022-2030 ausgegangen. Die Parteien dieser Vereinbarung sind sich jedoch darüber einig, dass die tatsächlichen Kosten eines Jahres davon abweichen können. Aus diesem Grund findet zum Programmschluss eine Verrechnung statt, sollten die Kofinanzierungsanteile der Programmpartner den tatsächlichen Kofinanzierungsbedarf übersteigen.

- i. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat sind verpflichtet, das vereinbarte Budget einzuhalten und die Gesamtsumme nicht zu übersteigen. Die Verwendung der Mittel der Technischen Hilfe unterliegt dem Grundsatz der wirtschaftlichen Haushaltsführung.
- j. Die Programmpartner sind sich bewusst, dass nach dem aktuellen Stand der Finanzierungsplanung gem. Anlage 3 eine Finanzierungslücke entsteht, um die Kosten zu decken. Dies beruht auf teilweise veränderten Rahmenbedingungen nach dem Beschluss der Programmpartner zur Finanzierung der Technischen Hilfe auf der Sitzung der Steuerungsgruppe vom 17.06.2021 sowie auf Unsicherheiten aufgrund der pauschalierten Erstattung der Technischen Hilfe durch die Europäische Kommission:
 - I. Der EFRE-Anteil der Europäischen Kommission beträgt maximal 6.134.584 €.
 - II. Darüber hinaus wird die tatsächliche Summe des EFRE-Anteils der Technischen Hilfe mit einem Pauschalsatz von 7 % auf die förderfähigen Ausgaben der Projekte ausbezahlt. Der volle EFRE-Anteil kommt daher nur zur Auszahlung, wenn alle Programmmittel für Projekte vollständig zur Auszahlung gebracht werden.
 - III. Die Kosten für Verwaltungsüberprüfungen als Aufgabe der Verwaltungsbehörde gem. Anlage 2 und Anlage 3 werden nicht den Projekten in Rechnung gestellt, sondern aus der Technischen Hilfe gedeckt. Der Aufwand beträgt bis zu 1,5 Mio. € in der Programmlaufzeit.
- k. Im Hinblick auf die unter Buchstabe j. genannten Punkte, bewertet der Interreg-Ausschuss zum 30. Juni 2026, inwieweit die vereinbarte Kofinanzierung für das Budget gem. Anlage 3 ausreicht, um die Aufgaben gem. Anlage 2 durchführen zu können. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage einer Aufstellung der tatsächlichen und der voraussichtlichen Ausgaben von Verwaltungsbehörde und Sekretariat für die verbleibende Laufzeit des Programms. Zur Deckung einer dann festgestellten Finanzierungslücke sollen dann zunächst etwaige Restmittel aus der Programmperiode Interreg 5A herangezogen werden. Sollten die Restmittel nicht ausreichen, bedarf eine Erhöhung der Kofinanzierung einer gesonderten Zustimmung der Programmpartner.
- l. Mittelübertragungen zwischen der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat sind innerhalb des Gesamtbudgets möglich, sofern dies im Sinne einer effektiven Arbeitsweise erforderlich sein sollte. Größere Verschiebungen müssen vom Interreg-Ausschuss genehmigt werden.
- m. Der Mittelabfluss in den einzelnen Kalenderjahren kann von der Budgetplanung abweichen und richtet sich nach den Aufgaben und Bedürfnissen, die sich aus der Programmverwaltung ergeben. Verwaltungsbehörde und Sekretariat erstellen für jedes Kalenderjahr eine Finanzplanung, die einschließlich aller etwaigen Änderungen vom Interreg-Ausschuss genehmigt werden muss. Eine daraus entstehende Deckungslücke wird von der IB.SH für die Verwaltungsbehörde und von der Region Syddanmark für das Sekretariat vorfinanziert.
- n. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat nehmen das Budget aus Anlage 3 als Grundlage ihrer Finanzplanung und legen jährlich die geplanten und die tatsächlichen Kosten gegenüber dem Interreg-Ausschuss und damit gleichzeitig gegenüber den Programmpartnern bis spätestens zum 30. Juni eines Kalenderjahres vor, erstmals zum 30. Juni 2023 und letztmalig zum 30. Juni 2031.
- o. Kosten, die in der Verwaltungsbehörde und im Sekretariat nach dem 31.12.2030 entstehen und im Rahmen des Programmabschlusses notwendig sind, sollen über das Gesamtbudget und damit

- auch über die Kofinanzierung der Programmpartner abgedeckt werden. Diese Kosten müssen vom Interreg-Ausschuss genehmigt werden.
- p. Sollen durch die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat im Rahmen der Programmdurchführung Aufgaben übernommen werden, die nicht durch diese Vereinbarung und nicht durch das für diese Vereinbarung geltende Budget abgedeckt sind, oder entstehen Mehrkosten aufgrund geänderter allgemeiner Rahmenbedingungen oder Mehrkosten aufgrund geänderter Anforderungen seitens der Europäische Kommission, so müssen die Kosten vom Interreg-Ausschuss genehmigt und deren Finanzierung durch die Programmpartner in einer gesonderten Zustimmung übernommen werden.
 - q. Eventuell anfallende Zinsen sowohl auf dem Kofinanzierungskonto, auf dem die Kofinanzierungsanteile geführt werden, als auch auf dem Konto, auf dem die EFRE-Mittel des Programms verwaltet werden (Interreg-Konto), stehen den dänischen und deutschen Programmpartnern je zur Hälfte zu und werden zur Erstattung von anfallenden Verwaltungskosten verwendet.
 - r. Anfallende Kontoführungsgebühren und eventuell anfallende Negativ-Zinsen/Verwahrenentgelte auf dem Konto, auf dem die EFRE-Mittel des Programms (Interreg-Konto) oder auf dem Konto, auf dem die Kofinanzierungsanteile verwaltet werden, werden gesondert im Budget der Technischen Hilfe gem. Anlage 3 erfasst und abgerechnet.

Artikel 4

Festlegung von Prozessen und Abläufen für die Durchführung des Programms

1. Auszahlungen

- a. Die IB.SH richtet ein Konto für die Abwicklung aller Zahlungen im Rahmen des Programms (Interreg-Konto) spätestens unmittelbar nach Genehmigung des Programms durch die Europäische Kommission ein.
- b. Die Auszahlung an die Leadpartner erfolgt durch die Verwaltungsbehörde als rechnungsführende Stelle umgehend vorbehaltlich verfügbarer Mittel aus den Vorfinanzierungen gem. Art. 90 VO (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Art. 51 VO (EU) 2021/1059 sowie aus den Beiträgen der EU aufgrund von Zahlungsanträgen gem. Art. 91 VO (EU) 2021/1060, jedoch spätestens 80 Tage nach Eingang des Zahlungsantrags gem. Art. 74 Abs. 1 b) VO (EU) 2021/1060, sofern dieser korrekt und vollständig ist. Der jeweilige Leadpartner ist verantwortlich für die Weiterleitung der entsprechenden Anteile an alle weiteren Projektpartner.
- c. Es werden keine Vorauszahlungen an Begünstigte geleistet. Auszahlungen erfolgen nach risikobasierten Stichproben und nur für (1) solche Ausgaben, die tatsächlich getätigt wurden bzw. (2) für zu erstattende Kosten nach Art. 53 Abs. 1 b-e VO (EU) 2021/1060, sofern die Bedingungen für eine Erstattung der Ausgaben erfüllt sind.
- d. Die Ausgaben der dänischen Zuschussempfänger, die nicht in Euro, sondern in Dänischen Kronen getätigt wurden, werden gemäß Art. 38 Abs. 5 VO (EU) 2021/1059 vor der Auszahlung in Euro umgerechnet. Die Umrechnung erfolgt anhand des monatlichen Buchungskurses der Europäischen Kommission, der in dem Monat gilt, in dem die Ausgaben zur Überprüfung vorgelegt werden.

2. Elektronisches Datenaustauschsystem

- a. Es wird zur ordnungsgemäßen Durchführung des Programms ein neues elektronisches Datenaustauschsystem gem. Art. 69 Abs. 8 in Verbindung mit Art. 72 VO (EU) 2021/1060 eingerichtet. Dieses System wird den Informationsaustausch zwischen den Begünstigten und den Programmbehörden ermöglichen.
- b. Das System umfasst alle Funktionen nach Anhang XIV VO (EU) 2021/1060.

3. Projektbewertung, Projektauswahl und Vertragsabschluss

- a. Es werden Förderbestimmungen und Anleitungen für die Antragstellung und die Projektdurchführung des Programms erstellt.
- b. Projektanträge werden über das elektronische Datenaustauschsystem eingereicht. In den Jahren 2022 bis 2027 sind jährlich zwei Antragsfristen vorgesehen. Es kann zusätzliche oder weniger Fristen geben, wenn sie für die Durchführung des Programms erforderlich sind.
- c. Kriterien zur Projektauswahl werden durch den Interreg-Ausschuss beschlossen.
- d. Das Sekretariat nimmt in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde eine Prüfung und Bewertung der Projektanträge anhand der Bewertungskriterien als Teil der Förderbestimmungen vor. Die Verwaltungsbehörde prüft, ob der Leadpartner und die Projektpartner über die entsprechende Leistungsfähigkeit verfügen, die Aufgaben im Projekt durchzuführen.
- e. Etwaige Kommentare und Hinweise für Nachbesserungen am Projektantrag werden dem Leadpartner über das elektronische Datenaustauschsystem mitgeteilt. Während der gesamten Antragsphase findet ein enger Dialog zwischen dem Sekretariat und dem Leadpartner statt.
- f. Fertig ausgearbeitete Projektanträge werden dem Interreg-Ausschuss zusammen mit einer abschließenden Bewertung zur Vereinbarkeit des Projektantrags mit dem Programm, seinen Rechtsgrundlagen sowie den Förderbestimmungen vorgelegt. Das Sekretariat arbeitet auf der gesamten Bewertung des Antrags einen Beschlussvorschlag für die Entscheidung aus. Es können Stellungnahmen externer Experten für die Bewertung bei Bedarf hinzugezogen werden.
- g. Der Interreg-Ausschuss trifft Entscheidungen über die Förderung von Projekten gem. Art. 22 VO (EU) 2021/1059 unter Berücksichtigung der Relevanz des Projektes für die Strategie und Ziele des Programms. Genaue Regeln für die Beschlussfassung des Interreg-Ausschusses einschließlich Regelungen im Falle von Interessenskonflikten der Mitglieder werden in der Geschäftsordnung des Ausschusses festgelegt.
- h. Die Leadpartner werden über die Entscheidungen des Interreg-Ausschusses informiert sowie auch über die Gründe, warum ein Antrag abgelehnt wurde oder nicht förderfähig ist.
- i. Im Falle einer positiven Entscheidung des Interreg-Ausschusses und sofern alle rechtlichen und inhaltlichen Bedingungen erfüllt sind, wird die Verwaltungsbehörde mit dem jeweiligen Leadpartner einen Vertrag über die Förderung des jeweiligen Projektes schließen – im weiteren „Leadpartnervertrag“ genannt. Die Förderung wird ausschließlich in Euro gewährt.

4. Beschwerdemanagement

- a. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.
- b. Gem. Art. 69 Abs. 7 VO (EU) 2021/1060 werden Beschwerden von Antragstellern, Leadpartnern, Projektpartnern oder Dritten von der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat untersucht und beantwortet. Sofern Beschwerden nicht ausgeräumt werden können oder sie die Aufgaben des Interreg-Ausschusses bzw. die Durchführung des Programms betreffen, werden diese Beschwerden gemeinsam von dem Vorsitz des Interreg-Ausschusses in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat untersucht und beantwortet. Der Vorsitz kann darüber entscheiden, ob eine Beschwerde in den Interreg-Ausschuss gebracht wird, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Der Interreg-Ausschuss kann darüber entscheiden, ob eine Arbeitsgruppe gegründet wird, die sich mit Beschwerden befasst. Beschwerden, die vom Vorsitz des Interreg-Ausschusses in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat geprüft und beantwortet werden, werden den Mitgliedern des Interreg-Ausschusses in der darauffolgenden Sitzung des Interreg-Ausschusses präsentiert.
- c. Sofern erforderlich, können detailliertere Verfahren zum Beschwerdemanagement in den Förderbestimmungen festgelegt werden.

Artikel 5

Festlegungen im Fall von Schwierigkeiten bei der Durchführung

1. Haftung der Programmpartner

- a. Die Haftung für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung durch den Begünstigten trägt gegenüber der Europäischen Kommission der Mitgliedstaat, in dem der Begünstigte seinen Sitz hat, wobei im Verhältnis zum jeweiligen Mitgliedstaat die Programmpartner eintreten.
- b. Haben die Verwaltungsbehörde und/oder das Sekretariat den Verdacht auf eine Unregelmäßigkeit oder wurden sie über eine solche informiert, müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden wie das Aussetzen von finanziellen Erstattungen, die an das Projekt gerichtet sind, bis der Verdacht geklärt ist.
- c. Sofern es dem Leadpartner nicht gelingt, aufgrund von Unregelmäßigkeiten (i. S. v. Art. 2 Nr. 31 i. V. m. Anhang XII VO (EU) 2021/1060) gezahlte Beträge von einem Projektpartner einzuziehen oder sofern es der Verwaltungsbehörde nicht gelingt, diese Beträge von dem Leadpartner einzuziehen, werden diese Beträge der Verwaltungsbehörde jeweils von dem Programmpartner erstattet, in dessen Gebiet (dänische Region, Kreis, Stadt) der betreffende Projektpartner seinen Sitz hat.
- d. Sollte es sich um einen Projektpartner handeln, der außerhalb des Programmgebietes seinen Sitz hat, so erstreckt sich die Haftung auf alle Programmpartner. Die Verteilung erfolgt nach dänischer und deutscher Seite getrennt und wird prozentual anhand der Bevölkerungszahlen berechnet, die der Berechnung der Kofinanzierungsanteile (s. Art. 3 Buchst. e) gem. Anlage 3 zugrunde liegen.
- e. Im Hinblick auf zu Unrecht getätigte Ausgaben der Technischen Hilfe, die auf Grundlage einer gemeinsamen Entscheidung der Programmpartner getätigt werden, tragen die Programmpartner

gemeinsam die Haftung entsprechend ihrer prozentualen Anteile im Gesamtbudget der Technischen Hilfe.

- f. Unabhängig von Abs. (a) und (e) haften die Anstellungskörperschaften für Verwaltungsbehörde und Sekretariat alleine für die unsachgemäße Verwendung der Technischen Hilfe sowie für eigenes Fehlverhalten einschließlich dem ihrer Mitarbeiter. Gemäß Art. 48, Abs. 1 VO (EU) 2021/1059 ist das MLLEV verantwortlich für die Prüfbehörde und für Prüfungen, die ein deutscher Vertreter der Prüfergruppe auf deutschem Gebiet durchführt und der dänische Mitgliedstaat ist verantwortlich für Prüfungen, die ein dänischer Vertreter der Prüfergruppe auf dänischen Gebiet durchführt.

2. Unregelmäßigkeiten und Wiedereinziehung von Beträgen

- a. Die Verwaltungsbehörde stellt die Mitteilung von Unregelmäßigkeiten nach Art. 69 Abs. 2 VO (EU) 2021/1060 sicher und unterrichtet den Interreg-Ausschuss und die Prüfbehörde. Die Meldungen an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) erfolgen für den Mitgliedstaat Deutschland über die Verwaltungsbehörde und für den Mitgliedstaat Dänemark über das Sekretariat.
- b. Stellt die Prüfbehörde eine Unregelmäßigkeit fest, so hat sie die Verwaltungsbehörde unverzüglich zu informieren. Die Verwaltungsbehörde hat dann den Interreg-Ausschuss darüber zu unterrichten.
- c. Die Meldungen von Unregelmäßigkeiten an OLAF erfolgen innerhalb von 2 Monaten nach Ende jedes Quartals nach ihrer Feststellung oder sobald zusätzliche Informationen über die gemeldeten Unregelmäßigkeiten verfügbar sind. Näheres regelt in Übereinstimmung mit Anhang XII VO (EU) 2021/1060 das Verwaltungs- und Kontrollsystem.
- d. Die Verwaltungsbehörde bearbeitet in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat die weitere Nachbereitung der Prüf- und Kontrollberichte der Prüfbehörde, hierunter Nachbereitung aller festgestellten Unregelmäßigkeiten.
- e. Unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Aufdeckung und Behebung von Unregelmäßigkeiten sowie die Wiedereinziehung von ohne rechtlichen Grund gezahlten Beträgen, stellt die Verwaltungsbehörde gem. Art. 52 Abs. 1 VO (EU) 2021/1059 sicher, dass alle aufgrund von Unregelmäßigkeiten gezahlten Beträge bei dem Leadpartner bzw. dem alleinigen Partner wieder eingezogen werden. Projektpartner müssen dem Leadpartner unrechtmäßig gezahlte Beträge zurückerstatten.
- f. Zusätzlich zur Wiedereinziehung von Beträgen ist die (teilweise) Auflösung des Leadpartnervertrages eine mögliche Konsequenz von Unregelmäßigkeiten. Näheres wird im Leadpartnervertrag geregelt. Die Entscheidung über die Auflösung des Leadpartnervertrages trifft die Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Interreg-Ausschuss.

3. Finanzkorrekturen und Systemfehler

- a. Die Prüfbehörde, die Prüfergruppe, die Europäische Kommission oder der Europäische Rechnungshof können während der Durchführung des Programms und/oder bei Programmabschluss gravierende Mängel oder Unregelmäßigkeiten auf Programmebene feststellen, die zu Finanzkorrekturen gem. Art. 104 VO (EU) 2021/1060 führen können.

- b. Sofern seitens der Europäische Kommission Finanzkorrekturen vorgenommen werden, die auf Fehler im Programmsystem zurückzuführen sind, erfolgt die Aufteilung der Finanzkorrekturen ungeachtet des Zeitpunktes der Entdeckung von Fehlern auf die Programmpartner anhand der Anteile, die bis zur Mitteilung der Europäischen Kommission über die Finanzkorrektur insgesamt an die Projektpartner ausgezahlt wurden.
- c. Sofern seitens der Europäische Kommission Finanzkorrekturen vorgenommen werden, die auf Fehler nationaler Systeme zurückzuführen sind, erfolgt die Aufteilung der Finanzkorrekturen auf die Programmpartner im betroffenen Mitgliedstaat ungeachtet des Zeitpunktes der Entdeckung von Fehlern anhand der Anteile, die bis zur Mitteilung der Europäischen Kommission über die Finanzkorrektur insgesamt an die Projektpartner in dem betroffenen Mitgliedstaat ausgezahlt wurden.

4. Unterbrechung oder Aussetzung von Zahlungen

- a. Im Falle einer Programmunterbrechung oder Aussetzung der Zahlung seitens der Europäischen Kommission gem. Art. 96 und Art. 97 VO (EU) 2021/1060 ist die Liquidität des Programms betroffen. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat werden die zugrundeliegenden Probleme so schnell wie möglich und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln mit der Europäischen Kommission und ggf. mit den betreffenden Projektpartnern klären, damit die Programmunterbrechung bzw. -aussetzung beendet wird.
- b. Auf Projektebene kann die Verwaltungsbehörde eine Unterbrechung/Aussetzung von Zahlungen verhängen, sofern der Leadpartner und/oder Projektpartner ihren Verantwortlichkeiten gemäß dem Leadpartnervertrag nicht nachkommen oder der Verdacht auf Unregelmäßigkeiten oder Fehler sowie Zahlungsunfähigkeit besteht, die ein Risiko für das Programm-Budget darstellen. Nähere Details werden in den Förderbestimmungen im Leadpartnervertrag geregelt.

5. Gerichtliche und außergerichtliche Verfahren gegen Projektpartner

- a. Im Falle von gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren gegen einen Projektpartner gelten dieselben Regelungen für die gegenseitige Unterrichtung sowie für die Klärung und gegebenenfalls Wiedereinziehung von Beträgen wie im Falle von Unregelmäßigkeiten (vgl. Abs. 2). Die Regelungen für die Haftung der Programmpartner (vgl. Abs. 1) finden Anwendung.
- b. Zusätzlich zur Wiedereinziehung von Beträgen ist die (teilweise) Auflösung des Leadpartnervertrages eine mögliche Konsequenz, um fortzufahren. Näheres wird im Leadpartnervertrag geregelt. Die Entscheidung über die Auflösung des Leadpartnervertrages trifft die Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Interreg-Ausschuss.

6. Zahlungsunfähigkeit von Projektpartnern

- a. Verfahren für den Fall der Zahlungsunfähigkeit von Projektpartnern werden im Leadpartnervertrag geregelt. Grundsätzlich hat der Projektpartner die Pflicht, den Leadpartner, die anderen Projektpartner sowie die Verwaltungsbehörde über die Zahlungsunfähigkeit unverzüglich zu informieren.

- b. Eine Wiedereinziehung von Beträgen sowie eine (teilweise) Auflösung des Leadpartnervertrages gem. Abs. 5 können die Folge sein. Die Entscheidung über die Auflösung des Leadpartnervertrages trifft die Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Interreg-Ausschuss.

7. Regelungen zum Programmabschluss

- a. Der Programmabschluss wird unter Federführung der Verwaltungsbehörde zusammen mit dem Sekretariat und der Prüfbehörde durch Vorlage des abschließenden Leistungsberichts gem. Art. 43 VO (EU) 2021/1060 durchgeführt.
- b. Die Verfügbarkeit von Unterlagen auf Programmebene wird gemäß Art. 82 VO (EU) 2021/1060 sichergestellt.

Artikel 6

Weitere Regelungen

1. Festlegung der Arbeitssprachen

Die Arbeitssprachen des Programms sind grundsätzlich Deutsch und Dänisch. Offizielle Dokumente, Antragsunterlagen, Unterlagen für den Interreg-Ausschuss, und Publikationen sind in beiden Sprachen abzufassen. Übersetzungen werden entweder vom Interreg-Sekretariat oder der Verwaltungsbehörde selbst oder extern ausgeführt und aus der technischen Hilfe finanziert. Für die Ausschusssitzungen werden Simultandolmetscher bestellt.

2. Mitwirkung bei der Kommunikationsarbeit

- a. Die Programmpartner verpflichten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Kommunikationsarbeit des Programms aktiv zu unterstützen und über die Fördermöglichkeiten des Programms zu informieren.
- b. Alle Programmpartner richten auf ihren Internetpräsentationen einen Link auf die Programmhomepage ein.

3. Vorbereitung der nächsten Förderperiode

Die Programmpartner verpflichten sich, rechtzeitig vor Beginn einer nächsten Förderperiode, jedoch spätestens bis zum 30.06.2026 eine Vereinbarung darüber zu schließen, wie die Vorbereitung eines nächsten Programms organisatorisch und finanziell erfolgen soll.

4. Nichtbeachtung von Vereinbarungen und Fristsetzungen – Sanktionen

- a. Konsequenzen der Nichtbeachtung von Bestimmungen, Fristen oder vertraglichen Vereinbarungen auf Projektebene werden im Leadpartnervertrag sowie in den Förderbestimmungen dargestellt.

- b. Fälle der Nichteinhaltung von Regelungen und Vereinbarungen zwischen den beteiligten Programmpartnern, der Prüfbehörde und/oder der IB.SH werden von Fall zu Fall im Interreg-Ausschuss behandelt.

5. Änderungen der Vereinbarung

- a. Änderungen dieser Vereinbarung können nur schriftlich und im Einvernehmen aller Parteien dieser Vereinbarung getroffen werden.
- b. Sollte eine Bestimmung ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, werden die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen davon nicht berührt.

6. Schiedsklausel

- a. Bei Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder über ihre Gültigkeit ergeben, verpflichten sich die Parteien dieser Vereinbarung, einvernehmlich eine gütliche Regelung anzustreben.
- b. Sollten die Parteien allein keine gütliche Regelung erreichen, so soll ein Mediationsverfahren nach der Mediationsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. in der jeweils aktuellen Fassung durchgeführt werden.
- c. Für Streitigkeiten, die auch nicht im Rahmen eines Mediationsverfahrens beigelegt werden können, wird folgendes vereinbart: Die Streitigkeiten werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. in der jeweils gültigen Fassung endgültig entschieden. Der Ort des Schiedsverfahrens ist Kiel. Die Anzahl der Schiedsrichter beträgt drei. Das anwendbare materielle Recht ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 7

Inkrafttreten und Geltungsdauer

- a. Diese Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch die Programmpartner, die IB.SH und das MLLEV und dem Vorliegen der Einwilligung von Erhvervsstyrelsen sowie der Einwilligung des Landes Schleswig-Holstein rückwirkend zum 01.01.2021, dem Beginn des Förderfähigkeitszeitraumes gem. Art. 63 Abs. 2 VO (EU) 2021/1060, in Kraft.
- b. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der vollständigen Durchführung des Interreg VI-A-Programms Deutschland-Danmark 2021-2027 einschließlich der vollständigen Abwicklung des Programms gegenüber der Europäischen Kommission und des Endes der Aufbewahrungsfrist gem. Art. 82 Abs. 1 VO (EU) 2021/1060.

Indhold

Indledende bemærkninger.....	18
Artikel 1 Aftalens formål	19
Artikel 2 Organer til gennemførelse af programmet	19
1. Forvaltningsmyndighed	19
2. Sekretariat	20
3. Interreg-udvalg.....	21
4. Revisionsmyndighed og second level kontrol.....	21
Artikel 3 Budget for Teknisk Bistand.....	22
Artikel 4 Fastlæggelse af processer og procedurer for gennemførelsen af programmet.....	24
1. Udbetalinger	24
2. Elektronisk dataudvekslingssystem.....	24
3. Projektvurdering, projektudvælgelse og indgåelse af aftale	25
4. Behandling af klager.....	25
Artikel 5 Regler i tilfælde af vanskeligheder ved gennemførelsen	26
1. Programpartnernes hæftelse.....	26
2. Uregelmæssigheder og inddrivelse af beløb	26
3. Finansielle korrektioner og systemfejl	27
4. Afbrydelse eller udsættelse af betalinger	27
5. Retslige og udenretslige sager mod projektpartnere.....	28
6. Projektpartneres insolvens	28
7. Bestemmelser om afslutning af programmet.....	28
Artikel 6 Yderligere bestemmelser	28
1. Fastlæggelse af arbejdssprog.....	28
2. Medvirken i kommunikationsarbejdet	29
3. Forberedelse af den næste støtteperiode.....	29
4. Ikke-overholdelse af aftaler og frister – sanktioner.....	29
5. Ændringer af aftalen.....	29
4. Voldgiftsklausul.....	29
Artikel 7 Ikrafttræden og varighed	30
Bilag 1 Europa-Kommissionens godkendelse af programmet.....	33
Bilag 2 Opgavefordeling mellem forvaltningsmyndighed og sekretariat.....	47
Bilag 3 Administrationens budget og finansiering (Teknisk Bistand Interreg 6A 2021-2030).....	56

**Aftale
om etablering af forvaltnings- og kontrolsystemet og om
gennemførelsen af samarbejdsprogrammet
Interreg VI A¹ Deutschland-Danmark 2021-2027**

mellem:

Region Sjælland og Region Syddanmark på dansk side og **Kreis Nordfriesland, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kreis Ostholstein og Kreis Plön** samt bykommunerne **Kiel, Flensburg, Neumünster og Lübeck** på tysk side, herefter hver for sig eller samlet kaldet "Programpart-ner(e)",

Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zur Helling 5-6, 24143 Kiel, Tyskland, v/ direktionen, som pro-grammets forvaltningsmyndighed, herefter kaldet "IB.SH", samt

Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz des Landes Schles-wig-Holstein for programmets revisionsmyndighed, herefter kaldet "MLLEV".

For at forenkle underskrivelsesproceduren indgår hver programpartner nærværende aftale med identisk ordlyd bilateralt med IB.SH og MLLEV for revisionsmyndigheden. De enkelte eksemplarer af aftalen udgør herefter samlet en fælles aftale, som kun kan ændres efter enstemmig beslutning af alle programpartnere, IB.SH og MLLEV for revisionsmyndigheden.

Indledende bemærkninger

De i nærværende aftale anvendte stillings- og funktionsbetegnelser er kønsneutrale.

Land Schleswig-Holstein og Erhvervsstyrelsen er ikke parter i nærværende aftale, men giver deres samtykke til indgåelse af aftalen.² Erhvervsstyrelsen indgår desuden en særskilt aftale med de to dan-ske regioner, hvorigennem rollen som programpartner på dansk side delegeres.

¹ Efterfølgende kaldt Interreg 6A

² cc: Land Schleswig-Holstein i henhold til § 8, stk. 2 i Investitionsbankgesetz og Erhvervsstyrelsen i henhold til § 25 i Bekendtgørelse nr. 162 af 28. januar 2022 om henlæggelse af visse beføjelser til Erhvervsstyrelsen efter lov om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling (henlæggelsesbekendtgørelsen).

Artikel 1

Aftalens formål

- a. Programpartnerne, forvaltningsmyndigheden og revisionsmyndigheden gennemfører i fællesskab samarbejdsprogrammet "Interreg VI-A Deutschland-Danmark 2021-2027" (CCI 2021TC16RFCB048) – herefter kaldet "Programmet" – i henhold til Europa-Kommissionens afgørelse af 29.4.2022 (bilag 1) under iagttagelse af især Europa-Parlamentets og Rådets Forordning (EU) 2021/1060 af 24. juni 2021 – herefter kaldet "FO (EU) 2021/1060" – og Europa-Parlamentets og Rådets Forordning (EU) 2021/1059 af 24. juni 2021 – herefter kaldet "FO (EU) 2021/1059" – samt de til nævnte forordninger af Europa-Kommissionen udstedte delegerede retsakter og gennemførelsesretsakter. På dansk side gennemføres programmet desuden i overensstemmelse med lov om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling, jf. lovbekendtgørelse 160 af 7. februar 2019 som ændret ved lov nr. 2381 af 14.12.2021 og bekendtgørelserne nr. 161 af 28. januar 2022 om henlæggelse af visse beføjelser til Erhvervsstyrelsen efter lov om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling (henlæggelsesbekendtgørelsen), bekendtgørelse nr. 162 af 28. januar 2022 om administration af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond og Den Europæiske Socialfond Plus (administrationsbekendtgørelsen), bekendtgørelse nr. 285 af 1. marts 2022 om støtteberettigelse, regnskab, revision og kontrol m.v. i forbindelse med udbetaling af tilskud fra Den Europæiske Regionalfond, Den Europæiske Socialfond Plus og Fonden for Retfærdig Omstilling (regnskabsbekendtgørelsen).
- b. Opgaver og forpligtelser i forbindelse med gennemførelsen af programmet fastlægges i nærværende aftale mellem programpartnerne, IB.SH og MLLEV som revisionsmyndighed.
- c. Alle deltagere i programmet forpligter sig indbyrdes til at medvirke ansvarligt til effektiv og korrekt forvaltning og gennemførelse af programmet.

Artikel 2

Organer til gennemførelse af programmet

Til gennemførelse af programmet etableres følgende myndigheder og organer:

1. En forvaltningsmyndighed
2. Et fælles sekretariat, herefter kaldet "sekretariatet"
3. Et overvågningsudvalg, herefter kaldet "Interreg-udvalget"
4. En revisionsmyndighed, som bistås af en revisorgruppe

1. Forvaltningsmyndighed

- a. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for forvaltning og gennemførelse af programmet i sin helhed. Forvaltningsmyndigheden varetager samtidig arbejdsopgaverne inden for området "regnskabsfunktion" på basis af art. 76 i FO (EU) 2021/1060 og art. 47 i FO (EU) 2021/1059.
- b. Programpartnerne besluttede på deres styregruppemøder den 22.6.2020 og den 17.6.2021, at svaret og funktionen som forvaltningsmyndighed i henhold til art. 72, 74 og 75 i FO (EU) 2021/1060 og art. 46 i FO (EU) 2021/1059 samt opgaverne i forbindelse med området regnskabsfunktion i

henhold til art. 76 i FO (EU) 2021/1060 og art. 47 i FO (EU) 2021/1059 overdrages til IB.SH. Forvaltningsmyndigheden har sæde hos IB.SH i Kiel, Tyskland.

- c. Forvaltningsmyndigheden etablerer efter aftale med programpartnerne et fælles sekretariat i henhold til art. 46, stk. 2 i FO (EU) 2021/1059, som bistår forvaltningsmyndigheden og Interreg-udvalget ved gennemførelsen af deres respektive opgaver.
- d. IB.SH er ansættende myndighed for medarbejdere til forvaltningsmyndigheden.
- e. Som led i sine opgaver fastsætter forvaltningsmyndigheden forebyggende foranstaltninger mod bedrageri, især i forbindelse med området regnskabsfunktion.
- f. Programpartnerne pålægger forvaltningsmyndigheden at varetage sine opgaver i hele programområdet og betjene hele området på lige vilkår.
- g. Forvaltningsmyndigheden skal efterkomme alle forpligtelser, som fremgår af de i denne aftales art. 1 a) nævnte forordninger, programmet, Europa-Kommissionens gennemførelsesafgørelse om godkendelse af programmet samt nærværende aftale. Desuden skal forvaltningsmyndigheden udføre sine opgaver i overensstemmelse med de i Forbundsrepublikken Tyskland gældende institutionelle, lovmæssige og finansielle bestemmelser.
- h. Programpartnerne forpligter sig over for IB.SH til at medvirke ansvarligt til programmets forvaltning og gennemførelse.
- i. Forvaltningsmyndigheden forpligter sig til, at programpartnerne inden for rammerne af deres respektive ansvarsområder modtager relevant information om programgennemførelsen, og at de inddrages i sager af administrativ karakter, som knytter sig til gennemførelsen af programmet eller denne partneraftale.
- j. Forvaltningsmyndighedens opgaver fremgår af bilag 2 til nærværende aftale.
- k. Finansieringen af forvaltningsmyndighedens opgaver sker i henhold til artikel 3 i nærværende aftale (Teknisk Bistand).

2. Sekretariat

- a. Programpartnerne besluttede på deres styregruppemøder den 22.6.2020 og den 17.6.2021 at overdrage sekretariatsfunktionen til Region Syddanmark. Sekretariatet har sæde i Kruså, Danmark, og varetager sekretariatsopgaven i hele programområdet på lige vilkår for alle.
- b. Region Syddanmark er ansættende myndighed for medarbejdere til sekretariatet.
- c. Sekretariatet bistår forvaltningsmyndigheden samt Interreg-udvalget ved gennemførelsen af deres respektive opgaver. Sekretariatet informerer potentielle støttemodtagere om programmets støttemuligheder, bistår potentielle støttemodtagere i ansøgningsfasen samt vejleder støttemodtagerne (leadpartnere og projektpartnere) ved gennemførelsen af deres operationer (herefter kaldet "projekter").
- d. Sekretariatets opgaver fremgår af bilag 2 til nærværende aftale. Til udførelse af disse opgaver kan sekretariatet selv inden for rammerne af de midler fra Teknisk Bistand, som er stillet sekretariatet til rådighed, indgå aftaler med tredje part og indgå økonomiske forpligtelser.
- e. Finansieringen af sekretariatets opgaver sker i henhold til artikel 3 (Teknisk Bistand).

3. Interreg-udvalg

- a. Inden for tre måneder efter datoen for meddelelsen om Europa-Kommissionens gennemførelses-afgørelse om godkendelse af programmet etablerer programpartnerne Interreg-udvalget efter aftale med forvaltningsmyndigheden i henhold til art. 38 i FO (EU) 2021/1060 og art. 28 FO (EU) 2021/1059.
- b. Interreg-udvalget er sammensat af repræsentanter for programpartnerne samt repræsentanter for partnerne i henhold til art. 8 i FO (EU) 2021/1060. En repræsentant for Europa-Kommissionen ledsager Interreg-udvalgets arbejde med rådgivende funktion. Forvaltningsmyndigheden deltager i udvalget med rådgivende funktion. I henhold til art. 29 i FO (EU) 2021/1059 har de deltagende programpartnere fastlagt udvalgets sammensætning, som fremgår af udvalgets forretningsorden. Forvaltningsmyndigheden vil opfordre programpartnerne samt de i forretningsordenen nævnte organisationer til at udpege Interreg-udvalgets medlemmer og suppleanter under hensyntagen til programspecifikke procedurer og nationale regler.
- c. Interreg-udvalget forvisser sig om effektiviteten og kvaliteten af gennemførelsen af programmet ved at varetage opgaverne i henhold til art. 40 i FO 2021/1060 samt art. 30 i FO (EU) 2021/1059. Interreg-udvalget er samtidig ansvarlig for udvælgelse af projekterne i henhold til art. 22 i FO (EU) 2021/1059 og fastsætter i henhold til art. 37, stk. 2 i FO (EU) 2021/1059 supplerende bestemmelser for støtteberettigede udgifter. En oversigt over alle Interreg-udvalgets opgaver indgår som bilag til udvalgets forretningsorden.
- d. Interreg-udvalget vedtager i henhold til art. 38, stk. 2 i FO (EU) 2021/1060 og art. 28, stk. 2 i FO (EU) 2021/1059 på sit første ordinære møde en forretningsorden, der også indeholder bestemmelser om anvendelsen af princippet om transparens samt bestemmelser som sikrer, at der ved projektudvælgelsen ikke opstår interessekonflikter. Alle beslutninger i Interreg-udvalget træffes i enighed af medlemmerne, dvs. enstemmigt. Det er muligt at undlade at stemme.
- e. Formandskabet for Interreg-udvalget udgøres af en dansk og en tysk formand samt en dansk og en tysk næstformand. Formandskabets opgaver fremgår af udvalgets forretningsorden. Til formændenes opgaver hører også at repræsentere programpartnerne i programmets håndtering af klager (art. 4, stk. 4 i denne aftale).

4. Revisionsmyndighed og second level kontrol

- a. Revisionsmyndigheden er i henhold til art. 45 i FO (EU) 2021/1059 placeret i det medlemsland, hvor også forvaltningsmyndigheden er placeret, det vil sige i Tyskland. MLLEV i Kiel påtager sig i henhold til art. 71 i FO (EU) 2021/1060 funktionen som revisionsmyndighed.
- b. MLLEV ansætter revisionsmyndighedens medarbejdere og den tyske repræsentant i revisorgruppen.
- c. Revisionsmyndigheden varetager de opgaver, der fremgår af art. 77 i FO (EU) 2021/1060 og art. 48 FO (EU) 2021/1059. Forvaltningsmyndigheden stiller de nødvendige informationer til rådighed for revisionsmyndigheden, så den kan udføre sine opgaver, og bistår revisionsmyndigheden inden for rammerne af det til rådighed stående personale og driftsmidler fra Teknisk Bistand.
- d. Revisionsmyndigheden bistås i henhold til art. 48, stk. 1 i FO (EU) 2021/1059 af en revisorgruppe, som omfatter en repræsentant for Danmark og en repræsentant for Tyskland. Revisorgruppen

- nedsættes inden for tre måneder, efter at programmet er godkendt, og fastlægger procedurene for deres arbejde. Formandskabet ligger hos revisionsmyndigheden.
- e. Revisionsmyndigheden og revisorgruppens tyske repræsentant, som MLLEV udpeger, finansieres af MLLEV. Det danske medlem af revisorgruppen udpeges og finansieres af medlemsstaten Danmark. Finansieringerne gælder for programmets løbetid indtil programafslutningen, som Europa-Kommissionen fastsætter.
 - f. I programmet varetager revisionsmyndigheden også opgaverne i forbindelse med Europa-Kommissionens udvælgelse af en fælles stikprøve for grupper af Interreg-programmer ifølge art. 49, stk. 2 FO (EU) 2021/1059.

Artikel 3

Budget for Teknisk Bistand

- a. Budgetplanlægningen i bilag 3 omfatter programgennemførelsen i årene 2022-2030.
- b. Ifølge art. 27 FO (EU) 2021/1059 refunderes EFRU-midler til Teknisk Bistand med en fast sats på 7 % af de støtteberettigede omkostninger, der anføres i programmets udbetalingsanmodninger til Europa Kommissionen. Disse midler anvendes til forvaltningsmyndighedens og sekretariatets omkostninger i forbindelse med programgennemførelsen. Programpartnerne forpligter sig til at stille en supplerende medfinansiering til dækning af alle udgifter i forvaltningsmyndighed og sekretariat, som ikke dækkes af EFRU-midler.
- c. Programpartnerne er enige om, at programpartnerne stiller en medfinansiering til rådighed til forvaltningsmyndigheden og sekretariatet på 6,3 mio. euro ifølge bilag 3. Programpartnerne er ifølge styregruppens beslutning af 17.6.2021 gået ud fra den antagelse, at den af EU-Kommissionen til rådighed stillede EFRU-andel fra ligeledes udgør 6,3 mio. euro. Således fordeles den nationale medfinansiering på de danske hhv. de tyske programpartnere med 50 % til hver.
- d. Region Syddanmark afholder sekretariatets kontor- og administrationsomkostninger på 535.133 euro.
- e. Finansieringsandelen for den enkelte programpartner fremgår af bilag 3. På dansk side er andelen beregnet ud fra befolkningstallet. Således afholder Region Syddanmark 59,33 % og Region Sjælland 40,67 % af medfinansieringen på dansk side. Medfinansieringen på tysk side er sammensat som følger: Alle tyske programpartnere yder en årlig medfinansiering, som er delt op i et grundbeløb på 15.000 € per partner pro anno og et restbeløb pro anno, som beregnes ud fra den enkelte tyske programpartners befolkningsandel. Beløbene fremgår af bilag 3.
- f. Der oprettes en særskilt konto (medfinansieringskonto) til programpartnernes medfinansiering hos IB.SH. og Efter anmodning fra forvaltningsmyndigheden indbetales programpartnernes respektive andele, i henhold til bilag 3, til medfinansieringskonto senest den 31. marts i hvert kalenderår. De nøjagtige kontooplysninger meddeles programpartnerne umiddelbart efter at nærværende aftale er indgået.
- g. Den enkelte programpartner er selv ansvarlig for at afsætte den aftalte medfinansiering for den samlede programløbetid, således at de er til rådighed indtil år 2030.
- h. Ved budgetteringen i bilag 3 forudsættes et jævnt træk på midlerne og dermed en jævn medfinansiering over alle kalenderårene 2022-2030. Aftaleparterne er dog enige om, at de faktiske udgifter for et år kan afvige herfra. Af denne grund foretages der ved afslutningen af programmet

- en opgørelse og efterfølgende refusion, såfremt programpartnernes medfinansieringsandele overstiger det faktiske medfinansieringsbehov.
- i. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet er forpligtet til at overholde det aftalte budget og til ikke at overskride det fastlagte samlede beløb. Midlerne til Teknisk Bistand anvendes i overensstemmelse med princippet om forsvarlig økonomisk forvaltning.
 - j. Parterne kan med den aktuelle finansieringsplan ifølge bilag 3 ikke udelukke, at finansieringen eventuelt ikke rækker til at dække udgifterne. Dette skyldes de delvist forandrede rammebetingelser efter programpartnernes beslutning om finansieringen af Teknisk Bistand på styregruppens møde den 17.6.2021 samt usikkerheder på grund af den faste sats ved EU-Kommissionens refusion af Teknisk Bistand:
 - I. EU-Kommissionens EFRU-andel udgør maksimalt 6.134.584 euro.
 - II. Derudover bliver det faktiske beløb for den Tekniske bistands EFRU-andel udbetalt som en fast sats på 7 % af projekternes samlede støtteberettigede omkostninger. Den fulde EFRU-andel kommer derfor kun til udbetaling, når alle programmidler til projekterne kommer fuldstændigt til udbetaling.
 - III. Omkostningerne til forvaltningsverificeringer udført af forvaltningsmyndigheden ifølge bilag 2 og bilag 3 skal ikke betales af projekterne, men derimod dækkes af Teknisk Bistand. Denne opgave koster op til 1,5 mio. euro i programmets løbetid.
 - k. Med udgangspunkt i de forhold, der fremgår af litra j, vurderer Interreg-udvalget frem til den 30. juni 2026, hvorvidt den aftalte medfinansiering for budgettet ifølge bilag 3 er tilstrækkeligt til at kunne udføre de i bilag 2 beskrevne opgaver. Vurderingen sker på baggrund af en oversigt over forvaltningsmyndighedens og sekretariatets faktiske og forventede omkostninger i programmets resterende løbetid. Til dækning af et på dette tidspunkt konstateret finansieringsunderskud skal der i første omgang trækkes på overskydende midler fra Interreg 5A. Hvis disse overskydende midler ikke er tilstrækkelige, kræver en forøgelse af medfinansieringen et særskiltsamtykke fra programpartnerne.
 - l. Det er muligt at forskyde midler mellem forvaltningsmyndigheden og sekretariatet inden for det samlede budget, såfremt dette måtte være nødvendigt af hensyn til en effektiv arbejdsmåde. Større forskydninger bør godkendes af Interreg-udvalget.
 - m. Trækket på midlerne i de enkelte kalenderår kan afvige fra det godkendte budget og retter sig efter de opgaver og behov, der fremkommer ved programadministrationen. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet udarbejder for hvert kalenderår et revideret budget, som inklusive alle eventuelle ændringer skal godkendes af Interreg-udvalget. Hvis der i denne forbindelse opstår manglende likviditet, vil dette midlertidigt blive dækket af IB.SH for forvaltningsmyndigheden og Region Syddanmark for sekretariatet.
 - n. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet anvender budgettet i bilag 3 som grundlag for deres regnskab og rapporterer de planlagte og de faktiske omkostninger over for Interreg-udvalget og samtidig over for programpartnerne senest den 30. juni i hvert kalenderår, første gang den 30. juni 2023 og sidste gang den 30. juni 2031.
 - o. Udgifter, der påløber hos forvaltningsmyndigheden og sekretariatet efter 31.12.2030, og som er nødvendige som led i afslutningen af programmet, skal dækkes via det samlede budget og dermed også via programpartnernes medfinansiering. Disse udgifter skal godkendes af Interreg-udvalget.

- p. Såfremt forvaltningsmyndigheden og sekretariatet, som led i gennemførelsen af programmet varetager opgaver, som ikke er dækket af nærværende aftale og det for aftalen gældende budget, eller der opstår meromkostninger på grund af ændrede generelle rammebetingelser eller meromkostninger på grund af ændrede krav fra Europa-Kommissionens side, skal omkostningerne godkendes af Interreg-udvalget. Finansieringen af disse kræver særskilt godkendelse af programpartnerne.
- q. Eventuelt påløbende renter både på medfinansieringskontoen, hvor medfinansieringsandelene bogføres, og på den konto, hvor programmets EFRU-midler forvaltes (Interreg-kontoen), tilfalder de danske og tyske programpartnere med halvdelen til hver og anvendes til refusion af afholdte administrationsudgifter.
- r. Påløbende kontogebyrer og eventuelle påløbende negative renter/morarenter på kontoen for programmets EFRU-midler (Interreg-konto), eller på kontoen hvor medfinansieringen forvaltes, opgøres og afregnes separat i budgettet for Teknisk Bistand ifølge bilag 3.

Artikel 4

Fastlæggelse af processer og procedurer for gennemførelsen af programmet

1. Udbetalinger

- a. IB.SH opretter en konto til afvikling af alle betalinger inden for rammerne af programmet (Interreg-konto) senest umiddelbart efter Europa-Kommissionens godkendelse af programmet.
- b. Udbetalingen til leadpartnerne sker omgående ved forvaltningsmyndigheden som regnskabsførende myndighed med forbehold for disponible midler fra forfinansieringen i henhold til art. 90 i FO (EU) 2021/1060 sammen med art. 51 FO (EU) 2021/1059 samt fra EU-betalingerne i forbindelse med udbetalingsanmodningerne ifølge art. 91 FO (EU) 2021/1060, dog senest 80 dage efter modtagelse af udbetalingsanmodningen i henhold til art. 74, stk. 1 b) FO (EU) 2021/1060, såfremt anmodningen er korrekt og fuldstændig. Den enkelte leadpartner er ansvarlig for at videresende de respektive andele til alle øvrige projektpartnere.
- c. Der ydes ingen forudbetalinger til støttemodtagere. Udbetalingen følger efter risikobaserede stikprøver og kun for (1) udgifter der faktisk er afholdt eller for (2) udgifter, der skal refunderes ifølge art. 53, stk. 1 b-e FO (EU) 2021/1060, hvis betingelserne for refusion af udgifterne er opfyldt.
- d. Udgifterne hos de danske støttemodtagere, som ikke er afholdt i euro, men i danske kroner, omregnes i henhold til art. 38, stk. 5 FO (EU) 2021/1059 til euro inden udbetaling. Omregningen sker ved hjælp af Europa-Kommissionens månedlige bogføringskurs, som gælder i den måned, hvor udgifterne forelægges til kontrol.

2. Elektronisk dataudvekslingssystem

- 1. Til korrekt gennemførelse af programmet oprettes der et nyt elektronisk dataudvekslingssystem i henhold til art. 69, stk. 8 sammen med art. 72 FO (EU) 2021/1060. Dette system muliggør informationsudveksling mellem støttemodtagerne og programmyndighederne.
- 2. Systemet indeholder alle de i bilag XIV FO (EU) 2021/1060 anførte funktioner.

3. Projektvurdering, projektudvælgelse og indgåelse af aftale

- a. Der udarbejdes støttebetingelser og vejledninger for programmet vedrørende ansøgning og projektgennemførelse.
 - b. Projektansøgninger indsendes via det elektroniske dataudvekslingssystem. I årene 2022 til 2027 vil der være to ansøgningsfrister om året. Der kan forekomme yderligere eller færre frister, såfremt de er nødvendige for gennemførelsen af programmet.
- c. Kriterier for projektudvælgelse besluttet af Interreg-udvalget.
- d. Sekretariatet foretager i samarbejde med forvaltningsmyndigheden en kontrol og vurdering af projektansøgningerne på grundlag af vurderingskriterier som en del af støtte reglerne. Forvaltningsmyndigheden vurderer, om leadpartneren og projektpartnerne er i besiddelse af den nødvendige kapacitet til at gennemføre opgaverne i projektet.
- e. Eventuelle kommentarer og forslag til korrektioner af projektansøgningen meddeles leadpartneren via det elektroniske dataudvekslingssystem. I hele ansøgningsfasen foregår der en tæt dialog mellem sekretariatet og leadpartneren.
- f. Endeligt gennemarbejdede projektansøgninger forelægges Interreg-udvalget sammen med en afsluttende vurdering af, hvorvidt projektansøgningen er i overensstemmelse med programmet, det retlige grundlag samt støttebetingelserne. Sekretariatet udarbejder en indstilling til beslutning på baggrund af den samlede vurdering af ansøgningen. Udtalelser fra eksterne eksperter kan inddrages i vurderingen, hvis det er nødvendigt.
- g. Interreg-udvalget træffer beslutning om støtte til projekter i henhold til art. 22 FO (EU) 2021/1059 under hensyntagen til projektets relevans for programmets strategi og mål. De nøjagtige regler med hensyn til beslutningstagning i Interreg-udvalget, herunder regler for medlemmers interessekonflikter, fastsættes i udvalgets forretningsorden.
- h. Leadpartnerne informeres om Interreg-udvalgets afgørelser, herunder begrundelsen, hvis en ansøgning afvises eller ikke er støtteberettiget.
- i. Hvis Interreg-udvalget træffer en positiv beslutning, og hvis alle juridiske og indholdsmæssige betingelser er opfyldt, indgår forvaltningsmyndigheden en aftale om støtte til projektet med den pågældende leadpartner – herefter kaldet "leadpartneraftalen". Støtten ydes udelukkende i euro.

4. Behandling af klager

- a. Der er intet retskrav på støtte.
- b. Ifølge art. 69, stk. 7 FO (EU) 2021/1060 undersøges og besvares klager fra ansøgere, leadpartnere, projektpartnere eller andre af forvaltningsmyndigheden og sekretariatet. Såfremt klager ikke kan færdigbehandles, eller hvis den vedrører Interreg-udvalgets opgaver eller gennemførelsen af programmet, undersøges og besvares disse klager af formandskabet for Interreg-udvalget i samarbejde med forvaltningsmyndigheden samt sekretariatet. Formandskabet kan beslutte, om en klage skal forelægges Interreg-udvalget for at tilvejebringe en endelig afgørelse. Interreg-udvalget

kan beslutte, om der skal nedsættes en arbejdsgruppe til behandling af klager. Klager, som undersøges og besvares af Interreg-udvalgets formandskab i samarbejde med forvaltningsmyndigheden og sekretariatet, skal forelægges Interreg-udvalgets medlemmer på Interreg-udvalgets førstkomende møde.

- c. Såfremt det er nødvendigt, kan der i støttebetingelserne fastsættes mere detaljerede procedurer med hensyn til behandling af klager.

Artikel 5

Regler i tilfælde af vanskeligheder ved gennemførelsen

1. Programpartnernes hæftelse

- a. Ansvar for, at støttemodtagerne anvender midlerne fra Den Europæiske Fond for Regionaludvikling forsvarligt, ligger i forhold til Europa-Kommissionen hos det medlemsland, hvor støttemodtageren har sit hjemsted, idet programpartnerne træder i stedet for det pågældende medlemsland.
- b. Har forvaltningsmyndigheden og/eller sekretariatet mistanke om en uregelmæssighed, eller bliver de informeret om en sådan, skal der straks træffes relevante foranstaltninger så som suspension af finansielle refusioner til projektet, indtil mistanken er afklaret.
- c. Såfremt leadpartneren ikke er i stand til at inddrive uretmæssigt udbetalte beløb (i henhold til art. 2 nr. 31 i forbindelse med bilag XII FO (EU) 2021/1060) fra en projektpartner, eller såfremt forvaltningsmyndigheden ikke er i stand til at inddrive disse beløb fra leadpartneren, betales disse beløb til forvaltningsmyndigheden af den programpartner, i hvis geografiske område (dansk region, Kreis, Stadt) den pågældende projektpartner har sit hjemsted.
- d. Såfremt der er tale om en projektpartner, som har sit hjemsted uden for programområdet, udvides ansvaret til alle programpartnere. Fordelingen sker efter samme beregning, som ligger til grund for beregningen af medfinansieringsandelene (se art. 3 litra e samt bilag 3).
- e. Med hensyn til uretmæssigt afholdte udgifter til Teknisk Bistand, som afholdes på basis af en af programpartnere i fællesskab truffet beslutning, er programpartnere i fællesskab ansvarlige svarende til deres procentuelle andele af Teknisk Bistands samlede budget.
- f. Uafhængig af stk. a) og e) er de ansættende myndigheder for forvaltningsmyndigheden og sekretariatet alene ansvarlige ved u hensigtsmæssig anvendelse af Teknisk Bistand samt egen, herunder deres medarbejders, fejlagtige adfærd. Ifølge art. 48, stk. 1 FO (EU) 2021/1059 er MILEV ansvarlig for revisionsmyndigheden og for revisioner, der i Tyskland gennemføres af en tysk repræsentant fra revisorgruppen, og medlemsstaten Danmark er ansvarlig for revisioner, som en dansk repræsentant i revisorgruppen foretager på dansk område.

2. Uregelmæssigheder og inddrivelse af beløb

- a. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for at meddele uregelmæssigheder ifølge art. 69, stk. 2 FO (EU) 2021/1060 og underretter Interreg-udvalget og revisionsmyndigheden om sådanne. For

- medlemsstaten Tyskland foretages meldinger til Det Europæiske Kontor for Bekæmpelse af Svig (OLAF) af forvaltningsmyndigheden, og for den danske medlemsstat foretages de af sekretariatet.
- b. Såfremt revisionsmyndigheden konstaterer en uregelmæssighed, skal forvaltningsmyndigheden straks informeres. Forvaltningsmyndigheden skal herefter underrette Interreg-udvalget hurtigst muligt herom.
 - c. Meldinger om uregelmæssigheder til OLAF skal ske inden for to måneder efter udgangen af hvert kvartal efter deres fastslåelse eller så snart videre information om de anmeldte uregelmæssigheder står til rådighed. Nærmere regler for dette beskrives i forvaltnings- og kontrolsystemet i overensstemmelse med bilag XII FO (EU) 2021/1060.
 - d. Forvaltningsmyndigheden samarbejder med sekretariatet om opfølgning på revisionsmyndighedens revisions- og kontrolrapporter, herunder opfølgning på alle konstaterede uregelmæssigheder.
 - e. Uagtet medlemslandenes ansvar for at opdage og afhjælpe uregelmæssigheder samt inddrive beløb, der er blevet udbetalt uden retsgrundlag, sikrer forvaltningsmyndigheden i henhold til art. 52, stk. 1 FO (EU) 2021/1059, at alle på grundlag af uregelmæssigheder udbetalte beløb inddrives hos leadpartneren eller den pågældende partner. Projektpartnere skal tilbagebetale uretmæssigt udbetalte beløb til leadpartneren.
 - f. Ud over inddrivelse af beløb er en (delvis) ophævelse af leadpartneraftalen en mulig konsekvens af uregelmæssigheder. Enkeltheder aftales i leadpartneraftalen. Afgørelsen om ophævelsen af leadpartneraftalen træffes af forvaltningsmyndigheden i samråd med Interreg-udvalget.

3. Finansielle korrektioner og systemfejl

- a. Revisionsmyndigheden, Revisorgruppen, Europa-Kommissionen eller den Europæiske Revisionsret kan under gennemførelsen af programmet og/eller ved afslutningen af programmet konstatere alvorlige mangler eller uregelmæssigheder på programniveau, som kan medføre finansielle korrektioner i henhold til art. 104 FO (EU) 2021/1060.
- b. Såfremt der fra Europa-Kommissionens side foretages finansielle korrektioner, som kan tilbageføres til fejl i programsystemet, foretages fordelingen af de finansielle korrektioner, uagtet tidspunktet for opdagelsen af fejlene, på programpartnerne på basis af de andele, som i alt er udbetalt til projektpartnerne frem til Europa-Kommissionens meddelelse om finansielle korrektioner.
- c. Såfremt der fra Europa-Kommissionens side foretages finansielle korrektioner, som kan tilbageføres til fejl i nationale systemer, foretages fordelingen af de finansielle korrektioner, uagtet tidspunktet for opdagelse af fejlene, på programpartnerne i den berørte medlemsstat på basis af de andele, som i alt er udbetalt til projektpartnerne i den berørte medlemsstat frem til Europa-Kommissionens meddelelse om finansielle korrektioner.

4. Afbrydelse eller udsættelse af betalinger

- a. Såfremt programmet afbrydes, eller betalingen udsættes fra Europa-Kommissionens side ifølge art. 96 og art. 97 FO (EU) 2021/1060, rammes programmets likviditet. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet afklarer de tilgrundliggende problemer med Europa-Kommissionen og i givet fald

med de pågældende projektpartnere hurtigst muligt og med alle til rådighed værende midler for at afslutte afbrydelsen af programmet eller udsættelsen af betalinger.

- b. På projektniveau kan forvaltningsmyndigheden foretage en afbrydelse/udbetalingsstop til et projekt, såfremt leadpartneren og/eller projektpartnere ikke efterkommer deres forpligtelser i henhold til leadpartnertaftalen, eller der foreligger mistanke om uregelmæssigheder eller fejl samt insolvens, som frembyder en risiko for programmets budget. Nærmere enkeltheder fastsættes i støttebetingelserne og i leadpartnertaftalen.

5. Retslige og udenretslige sager mod projektpartnere

- a. I tilfælde af retslige eller udenretslige sager mod en projektpartner gælder de samme regler om gensidig underretning samt om afklaring og i givet fald inddrivelse af beløb som i tilfælde af uregelmæssigheder (jf. stk. 2). Reglerne for programpartnernes hæftelse (jf. stk. 1) finder anvendelse.
- b. Ud over inddrivelse af beløb er en (delvis) ophævelse af leadpartnertaftalen en mulig konsekvens. Nærmere herom fremgår af leadpartnertaftalen. Afgørelsen om ophævelsen af leadpartnertaftalen træffes af forvaltningsmyndigheden i samråd med Interreg-udvalget.

6. Projektpartneres insolvens

- a. I leadpartnertaftalen fastsættes regler for procedurer i tilfælde af projektpartneres insolvens. Projektpartneren er forpligtet til straks at informere leadpartneren, de andre projektpartnere samt forvaltningsmyndigheden om insolvensen.
- b. En inddrivelse af beløb samt en (delvis) ophævelse af leadpartnertaftalen i henhold til stk. 5 kan være konsekvensen. Afgørelsen om ophævelsen af leadpartnertaftalen træffes af forvaltningsmyndigheden i samråd med Interreg-udvalget.

7. Bestemmelser om afslutning af programmet

- a. Afslutning af programmet gennemføres under ledelse af forvaltningsmyndigheden sammen med sekretariatet og revisionsmyndigheden ved fremlæggelse af den endelige præstationsrapport i henhold til art. 43 FO (EU) 2021/1060.
- b. Sikring af tilgængelig dokumentation vedrørende programmet sker i henhold til art. 82 FO (EU) 2021/1060.

Artikel 6

Yderligere bestemmelser

1. Fastlæggelse af arbejdsprog

Programmets arbejdsprog er principielt tysk og dansk. Officielle dokumenter, ansøgningsbilag, bilag til Interreg-udvalget og publikationer skal udformes på begge sprog. Oversættelser udføres enten af

Interreg-sekretariatet eller forvaltningsmyndigheden eller eksternt og finansieres af Teknisk Bistand. Til udvalgs møderne anvendes simultantolke.

2. Medvirken i kommunikationsarbejdet

- a. Programpartnere forpligter sig inden for rammerne af deres muligheder til aktivt at understøtte programmets kommunikationsarbejde og at informere om støttemulighederne i programmet.
- b. Alle programpartnere indretter på deres egne websteder et link til programmets hjemmeside.

3. Forberedelse af den næste støtteperiode

Programpartnere forpligter sig til rettidigt forud for starten på den næste støtteperiode, dog senest 30.6.2026, at indgå en aftale om, hvordan forberedelserne af et efterfølgende program skal foregå med hensyn til organisering og finansiering.

4. Ikke-overholdelse af aftaler og frister – sanktioner

- a. Konsekvenser for ikke-overholdelse af bestemmelser, frister og kontraktlige aftaler på projektniveau beskrives i leadpartneraftalen samt i støttebetingelserne.
- b. Tilfælde af ikke-overholdelse af regler og aftaler mellem de involverede programpartnere, revisionsmyndigheden og/eller IB.SH behandles fra sag til sag i Interreg-udvalget.

5. Ændringer af aftalen

- a. Ændringer af nærværende aftale kan kun aftales skriftligt og enstemmigt mellem alle aftalparter.
- b. Såfremt en bestemmelse er eller bliver helt eller delvis ugyldig eller uigennemførlig, berøres gyldigheden og gennemførligheden af alle øvrige bestemmelser ikke heraf.

4. Voldgiftsklausul

- a. Skulle der opstå tvister i forbindelse med nærværende partnraftale eller vedrørende dens gyldighed, forpligter parterne sig til i fællesskab at finde en mindelig løsning.
- b. Hvis parterne ikke selv kan nå frem til en mindelig løsning, skal der gennemføres en mæglingsproces ifølge de på det aktuelle tidspunkt gældende mæglingsregler fra Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V.

- c. For tvister, som heller ikke kan bilægges ved mægling aftales følgende: En tvist afgøres endeligt i henhold til det aktuelt gældende voldgiftsreglement for Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. Voldgiftssagen finder sted i Kiel. Antallet af voldgiftsmænd er tre. Den gældende materielle lovgivning er Forbundsrepublikken Tysklands lovgivning.

Artikel 7

Ikrafttræden og varighed

- d. Nærværende aftale træder i kraft ved underskrivelse af programpartnere, IB.SH og MLLEV, og når Erhvervsstyrelsens og Land Schleswig-Holsteins godkendelser foreligger, med tilbagevirkende kraft pr. 01.01.2021, starttidspunktet for den støtteberettigede periode i henhold til art. 63, stk. 2 i FO (EU) 2021/1060
- e. Nærværende aftale gælder for perioden frem til den fuldstændige gennemførelse af Interreg 6A-programmet Deutschland-Danmark 2021-2027 inklusive den fuldstændige afvikling af programmet i forhold til Europa Kommissionen og afslutningen af opbevaringsfristen i henhold til art. 82 stk. 1 FO (EU) 2021/1060.

Programmpartner XY

Ort und Datum/ Sted og dato: _____

Name und Funktion des Unterzeichnenden/ Navn og underskriverens stilling:

Unterschrift und Stempel/ Underskrift og stempel:

Verwaltungsbehörde – IB.SH (Investitionsbank Schleswig-Holstein)

Ort und Datum/ Sted og dato: _____

Name und Funktion des Unterzeichnenden/ Navn og underskriverens stilling:

Erk Westermann-Lammers,
Vorsitzender des Vorstands

Dr. Michael Adamska,
Vorstand

Unterschrift und Stempel/ Underskrift og stempel:

**Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz des Landes
Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde**

Ort und Datum/ Sted og dato: _____

Name und Funktion des Unterzeichnenden/ Navn og underskriverens stilling:

Anne Benett-Sturies, Staatssekretärin

Unterschrift und Stempel/ Underskrift og stempel:



Anlage 1 **Genehmigung des Programms durch die EU-Kommission**
Bilag 1 **Europa-Kommissionens godkendelse af programmet**



Brüssel, den 29.4.2022
C(2022) 2588 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.4.2022

zur Genehmigung des Kooperationsprogramms „Interreg VI-A Deutschland-Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) in Dänemark und Deutschland

CCI 2021TC16RFCB048

(NUR DER DÄNISCHE UND DER DEUTSCHE TEXT SIND VERBINDLICH)

DE

DE

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.4.2022

zur Genehmigung des Kooperationsprogramms „Interreg VI-A Deutschland-Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) in Dänemark und Deutschland

CCI 2021TC16RFCB048

(NUR DER DÄNISCHE UND DER DEUTSCHE TEXT SIND VERBINDLICH)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/1059 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg)¹, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 20. Dezember 2021 reichte Deutschland im Namen von Dänemark und Deutschland, die sich gemäß Artikel 16 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/1059 auf den Inhalt des Kooperationsprogramms geeinigt haben („teilnehmende Mitgliedstaaten“), über das elektronische Datenaustauschsystem der Kommission das Kooperationsprogramm „Interreg VI-A Deutschland-Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) in den teilnehmenden Mitgliedstaaten ein.
- (2) Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2021/1059 unterstützt das Programm ein Programmgebiet aus der Liste in Anhang I des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/75 der Kommission².
- (3) Das Programm wurde ausgearbeitet von den teilnehmenden Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den in Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates³ genannten Partnern.

¹ ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 94.

² Durchführungsbeschluss (EU) 2022/75 der Kommission vom 17. Januar 2022 zur Festlegung der Liste der Interreg-Programmgebiete, die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln der Union unterstützt werden sollen, aufgeschlüsselt nach Aktionsbereichen und Interreg-Programmen im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2022) 109) (ABl. L 12 vom 19.1.2022, S. 164).

³ Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen

- (4) Das Programm enthält alle Elemente gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/1059 und wurde gemäß dem Muster im Anhang der genannten Verordnung ausgearbeitet.
- (5) Gemäß Artikel 18 der Verordnung (EU) 2021/1059 hat die Kommission das Kooperationsprogramm bewertet und am 21. Februar 2022 Anmerkungen nach Absatz 2 dieses Artikels vorgebracht. Deutschland hat am 21. März 2022 zusätzliche Informationen vorgelegt und ein überarbeitetes Kooperationsprogramm eingereicht.
- (6) Die Kommission kam zu dem Schluss, dass das Programm mit der Verordnung (EU) 2021/1059 im Einklang steht.
- (7) Gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 2021/1059 ist dieser Beschluss ein Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 110 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴ in Bezug den EFRE mit geteilter Mittelverwaltung. Es ist daher notwendig, die Elemente zu spezifizieren, die für eine Mittelbindung für das im vorliegenden Beschluss genannte Programm erforderlich sind.
- (8) Gemäß Artikel 112 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 13 der Verordnung (EU) 2021/1059 ist es erforderlich, für jedes Jahr die Höhe der insgesamt für die Unterstützung aus dem EFRE vorgesehenen Mittelausstattung sowie für jede Priorität den Kofinanzierungssatz und den Höchstbetrag der Unterstützung aus den Fonds festzulegen. Es ist ebenfalls erforderlich anzugeben, ob der Kofinanzierungssatz für die Priorität für den Gesamtbeitrag, einschließlich des öffentlichen und privaten Beitrags, oder für den öffentlichen Beitrag gilt.
- (9) Das vorgeschlagene Kooperationsprogramm sollte daher genehmigt werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Das Kooperationsprogramm „Interreg VI-A Deutschland-Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem EFRE im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg) in Dänemark und Deutschland für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2027, eingereicht in seiner endgültigen Fassung am 21. März 2022, wird hiermit genehmigt.

Artikel 2

1. Der Höchstbetrag der Unterstützung aus dem EFRE für jedes Jahr ist in Anhang I festgelegt.
2. Der Höchstbetrag der Unterstützung für das Programm wird auf 93 771 505 EUR festgelegt und gemäß der Gliederung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2021 aus der folgenden Haushaltslinie finanziert:

Meeres-, Fischerei und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159).

⁴ Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1).

05 02 01 05: 93 771 505 EUR (EFRE – ETZ).

3. Der Kofinanzierungssatz für jede Priorität ist in Anhang II festgelegt. Der Kofinanzierungssatz für jede Priorität gilt für den Gesamtbeitrag, einschließlich des öffentlichen und privaten Beitrags.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an das Königreich Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 29.4.2022

*Für die Kommission
Elisa FERREIRA
Mitglied der Kommission*

<p>BEGLAUBIGTE AUSFERTIGUNG Für die Generalsekretärin</p> <p>Martine DEPRez Direktorin Entscheidungsprozess & Kollegialität EUROPÄISCHE KOMMISSION</p>
--

DE
ANHANG I

Mittelausstattung pro Jahr

FONDS	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	INSGESAMT
EFRE	0,00	16.019.004,00	16.276.316,00	16.538.776,00	16.806.485,00	13.926.200,00	14.204.724,00	93.771.505,00
INSGESAMT	0,00	16.019.004,00	16.276.316,00	16.538.776,00	16.806.485,00	13.926.200,00	14.204.724,00	93.771.505,00

DE

ANHANG II

Mittelausstattung insgesamt aufgeschlüsselt nach Fonds und nationaler Kofinanzierung

Politisches Ziel	Priorität	Fonds	Berechnungsgrundlage Unionsunterstützung	Unionsbeitrag (a)=(a1)+(a2)	Indikative Aufschlüsselung des Unionsbeitrags		Nationaler Beitrag (b)=(c)+(d)	Indikative Aufschlüsselung des nationalen Beitrags		Insgesamt (e)=(a)+(b)	Kofinanzierungssatz (f)=(a)/(e)	Beitrag aus Drittländern
					Ohne TH gemäß Artikel 27 Absatz 1 (a1)	Für TH gemäß Artikel 27 Absatz 1 (a2)		National öffentlich (c)	National privat (d)			
1	1	EFRE	Insgesamt	30.944.596,00	28.920.184,00	2.024.412,00	7.736.149,00	6.876.577,00	859.572,00	38.680.745,00	80,00	0,00
2	2	EFRE	Insgesamt	23.442.876,00	21.909.230,00	1.533.646,00	5.860.719,00	5.209.528,00	651.191,00	29.303.595,00	80,00	0,00
4	3	EFRE	Insgesamt	20.629.730,00	19.280.122,00	1.349.608,00	5.157.433,00	4.584.385,00	573.048,00	25.787.163,00	80,00	0,00
6	4	EFRE	Insgesamt	18.754.303,00	17.527.386,00	1.226.917,00	4.688.576,00	4.688.576,00	0,00	23.442.879,00	80,00	0,00
	Insgesamt	EFRE		93.771.505,00	87.636.922,00	6.134.583,00	23.442.877,00	21.359.066,00	2.083.811,00	117.214.382,00	80,00	0,00
	Gesamtbetrag			93.771.505,00	87.636.922,00	6.134.583,00	23.442.877,00	21.359.066,00	2.083.811,00	117.214.382,00	80,00	0,00

Anlage 2

Aufgabenverteilung zwischen Verwaltungsbehörde und Sekretariat

1. Arbeitsweise von Verwaltungsbehörde und Sekretariat

Verwaltungsbehörde und Sekretariat stellen gemeinsam die Interreg-Administration dar im Rahmen der Technischen Hilfe und verstehen sich als eine administrative Einheit, die für die gesamte Programmregion zuständig ist. Bei allen Aufgaben hat im Sinne einer effektiven Arbeitsweise und Aufgabenteilung entweder die Verwaltungsbehörde oder das Sekretariat die Hauptverantwortung. In den meisten Aufgaben werden sie sich gegenseitig unterstützen. Es besteht eine enge Zusammenarbeit in Form laufender persönlicher Treffen und täglicher Korrespondenz.

2. Leitung und Betrieb von Verwaltungsbehörde und Sekretariat

1. Die Verantwortung bezüglich des operativen Betriebs liegt für die Verwaltungsbehörde bei der IB.SH und für das Sekretariat bei der Region Syddanmark.
2. Verwaltungsbehörde und Sekretariat sind jeweils dafür verantwortlich, dass der Betrieb in der vereinbarten Qualität eingerichtet und aufrecht gehalten wird. Beide tragen laufend dafür Sorge, dass die implementierten Arbeitsabläufe und -prozesse innerhalb der Verwaltungsbehörde und des Sekretariates, aber insbesondere auch zwischen beiden Einheiten abgestimmt und effizient laufen sowohl in Bezug auf die personellen, die finanziellen und alle übrigen Ressourcen.
3. Verwaltungsbehörde und Sekretariat nehmen am Erfahrungsaustausch und den Seminaren von INTERACT teil und sind Partner in den europäischen und nationalen Netzwerken.

3. Kontakt zur EU-Kommission und den nationalen Behörden

Der Kontakt zur EU-Kommission und zu den nationalen Behörden läuft über die Verwaltungsbehörde.

4. Betreuung des Interreg-Ausschusses

1. Die Betreuung des Interreg-Ausschusses liegt im Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsbehörde, mit Unterstützung des Sekretariates. Dazu zählen organisatorische Belange (Festlegung der Sitzungstermine und -orte), Erstellung der Tagesordnung, Versand der Sitzungsunterlagen, Erstellung von Vorbereitungen für die Vorsitzenden und Protokollführung sowie Betreuung von Anfragen der Mitglieder sowie Teilnahme an den Sitzungen und Vorbesprechungen.
2. Die inhaltlichen Themen, die auf Ausschusssitzungen behandelt werden sollen, sind neben denen, die den Aufgaben nach Art. 38 VO (EU) 2021/1060 und Art. 28 VO (EU) 2021/1059 entsprechen,

Belange der strategischen Steuerung des Programms, der Lieferung programmrelevanter Informationen und betreffen insbesondere die Erörterung und Bewilligung der Projektanträge. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass dem Interreg-Ausschuss zur Wahrnehmung dieser Aufgabe alle relevanten Informationen aufbereitet und zur Verfügung gestellt und ggf. Maßnahmen zur Anpassung vorgeschlagen werden.

3. Die Verwaltungsbehörde wird dabei eher die administrativen Themen übernehmen und das Sekretariat die projektbezogenen Themen, wozu auch die Vorstellung der zu beschließenden Projekte gehört.

5. Etablierung eines elektronischen Datenaustauschsystems

1. Es liegt im Verantwortungsbereich der Verwaltungsbehörde, die Entwicklung, Wartung und Hosting des elektronischen Datenaustauschsystems gem. Art. 69, Abs. 8 der VO (EU) 2021/1060 sicherzustellen.
2. Im Rahmen der Entwicklung wird sie dabei vom Interreg-Sekretariat unterstützt, das bei der Abstimmung der Anforderungen intern und zusammen mit dem Dienstleister mit der Verwaltungsbehörde zusammenarbeitet sowie beim Testen des Systems oder Teilen des Systems vor Inbetriebnahme unterstützt. Die Verwaltungsbehörde bietet bilaterale Unterstützung für Projektträger bei der Nutzung des Systems an und erstellt auch entsprechende Hilfsmittel.

6. Rechnungsführung des Programms

1. Die Verwaltungsbehörde als rechnungsführende Stelle hat die Verantwortung für die Verwaltung der Programmmittel.
2. Sie verwaltet die Vorschüsse, die die EU-Kommission als Vorfinanzierung auszahlt und überwacht die Mittelbindung des Programms.
3. Die Verwaltungsbehörde zahlt die Zuschüsse an die Projekte aus und stellt auf Grundlage der förderfähigen Ausgaben der Projektträger Zahlungsanträge bei der EU-Kommission.
4. Die Verwaltungsbehörde erfasst eventuelle Unregelmäßigkeiten und koordiniert ihre Meldung. Sie nimmt außerdem Verrechnungen oder Wiedereinziehungen zu Unrecht gezahlter Beträge bei den Projekten vor.
5. Die Verwaltungsbehörde ist verantwortlich für die Rechnungslegung an die EU-Kommission.

7. Betrugsbekämpfung

Die Verwaltungsbehörde entwickelt geeignete Maßnahmen und Verfahren zur Betrugsbekämpfung und bezieht das Sekretariat und dessen Arbeit in Schulungen und in Betrug vorbeugende Prozesse ein. Basis der Maßnahmen und Verfahren werden auch die spezifisch ermittelten Betrugsrisiken im Programm.

8. Jährliche Bilanz und abschließende Abrechnung der Technischen Hilfe

1. Unter der Verantwortung der Verwaltungsbehörde, erstellen Sekretariat und Verwaltungsbehörde jährlich eine Finanzplanung und erstellen außerdem jährlich eine Bilanz der geplanten und getätigten Ausgaben gegenüber dem Interreg-Ausschuss bzw. den Programmpartnern. Diese schließt eine Abbildung der Kostendeckung durch die Pauschalfinanzierung der Technischen Hilfe ein.
2. Die Verwaltungsbehörde deckt aus der Pauschalfinanzierung für die Technische Hilfe ihren eigenen Anteil ab und leitet den Anteil für das Sekretariat an dieses weiter, damit es anteilig seine Kosten abdecken kann.
3. Aus den Kofinanzierungsanteilen der Programmpartner deckt die Verwaltungsbehörde anteilig ihre Kosten und leitet den Anteil für das Sekretariat an dieses weiter, damit es anteilig seine Kosten abdecken kann.
4. Unter Verantwortung der Verwaltungsbehörde und Unterstützung durch das Sekretariat findet zum Programmende auf Grundlage der tatsächlichen Kosten eine abschließende Abrechnung mit den Programmpartnern statt.

9. Umsetzung der Kommunikationsstrategie

1. Das Sekretariat ist hauptverantwortlich für die Erstellung, Aktualisierung und Umsetzung der Kommunikationsstrategie und stimmt sich mit der Verwaltungsbehörde ab.
2. Die Kommunikationsstrategie legt die Zielgruppe, die Maßnahmen, die Kanäle und den zeitlichen Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit fest, wobei das Sekretariat dafür Sorge trägt, dass die Umsetzung entsprechend dieser Strategie erfolgt. Die Maßnahmen geschehen in Abstimmung mit der Verwaltungsbehörde.
3. Das Sekretariat ist auch dafür zuständig, die Fortschrittsberichte der Projekte zur Umsetzung der Kommunikationsstrategie zu nutzen.
4. Darüber hinaus bietet das Sekretariat - je nach Thema und in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde - Workshops zu verschiedenen Themen der Projektdurchführung für die Projektträger an.

10. Erarbeitung und Aktualisierung von Förderrichtlinien

1. Die Verwaltungsbehörde hat die Hauptverantwortung für die Erstellung der Förderrichtlinien zum Beginn des Programms sowie für ihre laufende Optimierung und Aktualisierung und führt diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat aus.
2. Ziel des Programms ist es, dass alle Dokumente verbindlich, benutzerfreundlich und gut verständlich sind.
3. Die Inhalte dieser Dokumente werden zwischen der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat abgestimmt.

11. Projektinitiierung und Projektberatung

1. Das Sekretariat hat die Hauptverantwortung für die Initiierung von Projekten. Dafür sind regelmäßiger Kontakt zu den Projektakteuren und den administrativen Vertretern der Programmpartner sowie aktueller Wissenstand über die Entwicklung der Programmregion notwendiger Aufgabenbestandteil.
2. Das Sekretariat hat die Aufgabe, dass dabei die erforderliche Beteiligung relevanter Akteure sichergestellt ist. Dies erfolgt durch zielgerichtete Information (u.a. individuelle Beratung und prioritätsbezogene Workshops sowie allgemeine Informationsveranstaltungen) und Beratung potenzieller Antragsteller und ist eng verbunden mit der Kommunikationsarbeit für das Programm. Die Akteure werden im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten und den Mehrwert einer Projektbeteiligung beraten. Die Verwaltungsbehörde unterstützt das Sekretariat bei spezifischen förderrechtlichen Fragestellungen.
3. Das Sekretariat hat die Hauptverantwortung für die Prüfung und Bewertung der eingereichten Projektideen. Sie werden auf dahingehend geprüft, ob die Projektidee einen Beitrag zum Programm leisten kann. Das Sekretariat wird eine Einschätzung zur Durchführbarkeit der Aktivitäten und der Plausibilität und Korrektheit des Budgets gegeben. Die Verwaltungsbehörde gibt eine Einschätzung zur Förderfähigkeit ab und dahingehend, ob die Projektpartner leistungsfähig sind. Dies schließt auch eine Einschätzung zur staatlichen Beihilfe ein.
4. Bei der Erarbeitung der Projektanträge bietet das Sekretariat Beratung an.

12. Bewertung und Prüfung der Projektanträge, einschließlich Legalitätskontrolle

1. Das Sekretariat hat die Hauptverantwortung für die Prüfung und Bewertung der eingereichten Projektanträge. Die Anträge müssen auf Plausibilität und Korrektheit geprüft werden sowie dahingehend, ob das Projekt einen Beitrag zum Programm leisten kann und ob die beschriebenen Ziele und Aktivitäten sowie das dazugehörige Budget plausibel und korrekt sind.
2. Die Verwaltungsbehörde hat die Hauptverantwortung für die Legalitätskontrolle der Projektanträge. Die Anträge müssen auf Förderfähigkeit geprüft werden sowie dahingehend, ob die Projektträger leistungsfähig sind, um den Antrag in der beschriebenen Form durchführen zu können. Die Prüfung schließt auch die staatliche Beihilfe ein.
3. Hierfür erstellen Verwaltungsbehörde und Sekretariat effiziente Prozesse und Prüfverfahren.
4. Jedes Projekt wird unter dem 4-Augenprinzip bearbeitet, so dass bei der inhaltlichen Bewertung eines Antrags ein Austausch zwischen dem verantwortlichen Sekretariats-Sachbearbeiter und dem Sekretariatsteam stattfindet. Darüber hinaus können auch fachliche Expertisen hinzugezogen werden.

5. Für jedes Projekt soll ein federführender Sachbearbeiter im Sekretariat bestimmt werden, der zugleich verantwortliche Kontaktperson für den Leadpartner des Projektes ist. Der gesamte Dialog innerhalb eines Projektverlaufs wird über den Leadpartner, in der Regel in der Sprache des Leadpartners, geführt.
6. Die Projektträger erhalten die Möglichkeit, einen eingereichten Antrag zu verbessern und Mängel und Fehler zu beheben. Hierfür erhalten sie nach der ersten Bewertung und Prüfung eines Projektantrags nach Punkt 2. und 3. Hinweise und Kommentare. Diese Rückmeldung zeigt gleichzeitig verständliche Lösungsvorschläge auf, die zur Optimierung und Fehlerbeseitigung führen, damit die Projektträger möglichst zügig und ressourcenschonend den Antrag überarbeiten können.
7. Das Sekretariat hat die Verantwortung zur Erstellung der Beschlussvorlagen. Die jeweilige Bewertung von Sekretariat und Verwaltungsbehörde der Anträge fließen in Beschlussvorlage für den Interreg-Ausschuss, die das Sekretariat abschließend mit der Verwaltungsbehörde abstimmt. Hierfür erstellen Verwaltungsbehörde und Sekretariat effiziente Prozesse.
8. Das Antragsverfahren wird feste Fristen vorsehen, innerhalb derer die Projektträger eine schriftliche Rückmeldung über die Prüfung ihres Antrags erhalten. Dies liegt im Zuständigkeitsbereich des Sekretariats und wird mit der Verwaltungsbehörde abgestimmt.

13. Vertragsabschluss mit Leadpartner

1. Nach Behandlung eines Projektes im Interreg-Ausschuss erhalten die Projektträger von der Verwaltungsbehörde innerhalb weniger Tage eine Mitteilung darüber, wie der Ausschuss entschieden hat.
2. Ist entschieden worden, dass das Projekt eine Förderung erhält, werden die Projektträger darüber informiert, wann der Leadpartnervertrag (LP-Vertrag) ausgestellt werden kann.
3. Sollte das Projekt noch Bedingungen erfüllen müssen, damit die Bewilligung in Kraft tritt, so steht die Verwaltungsbehörde diesbezüglich in engem Dialog mit dem Sekretariat, das wiederum gegenüber der Verwaltungsbehörde mitteilt, wann die inhaltlichen Voraussetzungen zur Ausstellung eines Leadpartnervertrags erfüllt sind.
4. Das Projekt schließt dann über den Leadpartner einen Vertrag mit der Verwaltungsbehörde. In diesem LP-Vertrag sind alle Angaben zu den Rechten und Pflichten sowie eventuell einzuhaltende Fristen der Projektpartner angegeben. Die Projektpartner schließen untereinander einen Partnervertrag, der spätestens acht Wochen nach Ausstellung des Leadpartnervertrags im elektronischen Datenaustauschsystem hochgeladen werden muss. Die Partnervereinbarung ist eine Voraussetzung zur Erstattung von Kosten.

14. Allgemeine Betreuung der Projekte sowie Servicebesuch

1. Über das Sekretariat erfolgt der gesamte Dialog mit den Projekten während der Projektdurchführung. Die zuständigen Sachbearbeiter im Sekretariat stehen für Fragen den Projektträgern zur Verfügung und geben ihnen eine umfassende Beratung und Unterstützung. Die Projektakteure werden insbesondere hinsichtlich der Durchführung, Kommunikationsarbeit sowie Budgetplanung unterstützt und beraten. Hierbei unterstützt die Verwaltungsbehörde das Sekretariat in spezifischen förderrechtlichen Fragen.
2. Die Verwaltungsbehörde informiert bei Projektstart die Projektträger über die Anforderungen im Hinblick auf die recht- und ordnungsgemäße Abrechnung von Projektausgaben.
3. Zum Service gehört auch ein Besuch (persönlich oder online) beim Leadpartner zusammen mit den übrigen Projektpartnern. Hier können alle Belange angesprochen werden und es werden Empfehlungen für die erfolgreiche Umsetzung und den Fortschritt des Projektes gegeben, ggf. i.V.m. Nr. 16 dieser Anlage.

15. Änderungen in Projekten

1. Das Sekretariat führt die Prüfung und Bewertung eines Änderungsantrags aus. Die Anträge müssen je nach Art auf Plausibilität und Korrektheit geprüft werden sowie dahingehend, ob die Änderungen zur Zielerfüllung des Projektes passen und ob die Änderungen den bewilligten Gesamtrahmen abdecken. Außerdem wird geprüft, ob das dazugehörige Budget plausibel und korrekt ist.
2. Die Verwaltungsbehörde hat die Hauptverantwortung für die Legalitätskontrolle eines Änderungsantrags. Die Änderungsanträge müssen auf Förderfähigkeit geprüft werden sowie dahingehend, ob ggf. neue Projektpartner leistungsfähig sind, um den Antrag in der beschriebenen Form durchführen zu können. Die Prüfung schließt auch die staatliche Beihilfe ein.
3. Hierfür erstellen Verwaltungsbehörde und Sekretariat effiziente Prozesse und Prüfverfahren.

16. Monitoring und Evaluierungen sowie Berichterstattung an die EU-Kommission

1. Die Verwaltungsbehörde ist verantwortlich für die Umsetzung des Monitoringkonzepts und übernimmt die Aufgaben gem. Art. 18 VO (EU) 2021/1060 und wird in der Umsetzung von Sekretariat unterstützt.
2. Das Monitoringkonzept beinhaltet ein Konzept zur Messung und Weiterverfolgung der Projektfortschritte und -resultate und damit der Programmfortschritte und schließt auch die Halbzeitüberprüfung bis 31.03.2025 sowie die Übermittlung von Daten nach Art. 42 und 43 der VO (EU) 2021/1060 ein.
3. Sie hat außerdem die Zuständigkeit für bedarfsorientierte Evaluierungen, Analysen oder Umfragen, die darüber hinausgehen nach Pkt. 2.
4. Sie bedient sich dabei u.a. im durch die Verordnung vorgegebenen Rahmen auch externer Dienstleister.

5. Bis zum 15.02.2031 ist ein abschließender Leistungsbericht bei der EU-Kommission einzureichen. Die Erstellung und Übermittlung erfolgt unter der Verantwortung der Verwaltungsbehörde.

17. Prüfung von Fortschrittsberichten, Verwaltungsüberprüfung und Auszahlung von Fördermitteln

1. Die Projektträger reichen zu im Leadpartnervertrag bestimmten Fristen über ihre Leadpartner die Berichte über den inhaltlichen und finanziellen Fortschritt (Auszahlungsantrag) des Projektes ein. Grundsätzlich sollen Auszahlungsanträge zweimal jährlich gestellt werden.
2. Die Verwaltungsbehörde führt die Verwaltungsüberprüfungen gemäß Art. 74 VO (EU) 2021/1060 und Art. 46 Abs. 1 VO (EU) 2021/1059 aus und legt dafür entsprechende Verfahren (und Checklisten) fest, die sie im Verwaltungs- und Kontrollsystem nach Art. 69 Abs. 11 VO (EU) 2021/1060 festhält.

Die zuständigen Mitarbeiter verfügen über dänische und deutsche Sprachkenntnisse und relevante Kompetenzen und Kenntnisse im dänischen Recht und bilden sich zur Wahrnehmung der Aufgabe laufend weiter.

3. Im Rahmen der Prüfung werden die Kosten aller Projektpartner auf Korrektheit, auf korrekte Zuordnung und rechnerische Richtigkeit geprüft. Im Fall der Anwendung vereinfachter Kostenoptionen (vgl. Art. 53 Abs. 1 (b) – (e) VO (EU) 2021/1060) wird deren korrekte Anwendung geprüft. Die Prüfung wird durch den Abgleich der Kosten mit dem inhaltlichen Fortschritt des Projekts vervollständigt. Dazu wird entweder im zweistufigen oder im verkürzten einstufigen Verfahren vorgegangen:
 - Mindestens 12-monatlich wird zweistufig geprüft (Zweistufige Verwaltungsprüfung). Neben der Verwaltungsprüfung durch die Verwaltungsbehörde prüft das Sekretariat dann mittels detailliertem Fortschrittsbericht des Projekts, inwieweit das Projekt seine Meilensteine erreicht hat und ob die Kosten in einem plausiblen Zusammenhang dazu stehen (Fortschrittskontrolle).
 - Die dazwischenliegenden Auszahlungsanträge mit Statusberichten (für die ersten 6 Monate jeder Projektperiode) werden grundsätzlich allein durch die Verwaltungsbehörde geprüft als so genannte einstufige Verwaltungsüberprüfung. Sollte die Plausibilitätsprüfungen Abweichungen im Projektfortschritt zeigen, wird das Sekretariat zur Klärung und Bewertung herangezogen.
 - Der Prozess des Auszahlungsantrags im 2-stufigen und im 1-stufigen Verfahren wird federführend von der Verwaltungsbehörde durchgeführt. Das betrifft auch die Kommunikation mit den Projekten.
4. Die Prüfungen erfolgen anhand risikobasierter Stichproben. Als Grundlage für das Vorgehen erarbeitet die Verwaltungsbehörde eine Prüfstrategie. Die Prüfstrategie enthält u.a. detaillierte Ausführungen zu den risikobehafteten Schlüsselpositionen und der Stichprobenmethode. Die Methodik wird periodisch überprüft und gegebenenfalls angepasst.

5. Im Rahmen der Verwaltungsprüfungen führt die Verwaltungsbehörde außerdem stichprobenhaft Vor-Ort-Kontrollen bei den Projekten durch. Dabei soll mindestens ein Projektpartner jeden Projekts einmal in der Projektlaufzeit geprüft werden.
6. Die Verwaltungsbehörde veranlasst die Auszahlung, wenn festgestellt wird, dass die geltend gemachten Ausgaben recht- und ordnungsmäßig sind. Zwischen Verwaltungsprüfung und Auszahlung wird ein 4-Augen-Prinzip gewahrt. Im zweistufigen Verfahren (gem. Pkt. 3.) kann die Auszahlung nur nach Prüfung auf Übereinstimmung beider Prüfergebnisse (aus Sekretariat und Verwaltungsbehörde) erfolgen. Weichen die Prüfergebnisse ab, führt die Verwaltungsbehörde eine Klärung herbei. Die abschließende Bewertung, auf der jede Auszahlung beruht, obliegt der Verwaltungsbehörde.
7. Der letzte Fortschrittsbericht eines Projektes stellt den Abschlussbericht dar. Nach seiner Prüfung (im 2-stufigen Verfahren) erstellt die Verwaltungsbehörde eine abschließende Mitteilung, einschließlich der Verpflichtungen, die über das Projektende hinausgehen.

18. 2nd-level-Kontrolle und Zusammenarbeit mit der Prüfbehörde

1. Über die Verwaltungsbehörde läuft der Kontakt zur Prüfbehörde. Sie koordiniert die Aufgaben der Prüfbehörde im Zusammenhang mit der Rechnungslegung.
2. Die Verwaltungsbehörde als rechnungsführende Stelle liefert die erforderlichen Daten und Informationen an die Prüfbehörde, damit diese Kontrollen durchführen können.
3. Die Verwaltungsbehörde ist mit Unterstützung des Sekretariates federführend für die Abarbeitung der Follow-Ups zu eventuellen Findings und Fehlern zuständig.

19. Implementierung von Kleinprojektfonds

1. Verwaltungsbehörde und Sekretariat begleiten die Antragsteller und Begünstigten von Kleinprojektfonds bei der Implementierung der Fonds.
2. Sie beraten die Fondsverwalter insbesondere bei förderrechtlichen Fragen sowie in Bezug auf die Inhalte und Zielerfüllung des Programms.

20. Beschreibung und Aktualisierung des Verwaltungs- und Kontrollsystems

1. Die Verwaltungsbehörde hat die Hauptverantwortung zur Aufstellung und Einreichung der Beschreibung des Verwaltungs- und Kontrollsystems gem. Art. 69 Abs. 11 der VO (EU) 2021/1060. Sie wird dabei vom Sekretariat unterstützt, das die notwendigen Informationen der Verwaltungsbehörde zuliefert und den Inhalt mit ihr abstimmt.
2. Die Systeme werden laufend überprüft und müssen ggf. aktualisiert und angepasst werden.

Bilag 2

Opgavefordeling mellem forvaltningsmyndighed og sekretariat

1. Samarbejdet mellem forvaltningsmyndighed og sekretariat

Forvaltningsmyndighed og sekretariat udgør tilsammen Interreg-administrationen i forbindelse med Teknisk Bistand og er at betragte som én administrativ enhed med ansvar for hele programregionen. For at sikre en effektiv arbejdsmåde og opgavefordeling, har enten forvaltningsmyndigheden eller sekretariatet hovedansvaret for de enkelte opgaver. De vil understøtte hinanden ved de fleste opgaver og derfor have et tæt samarbejde i form af løbende personlige møder og daglig korrespondance.

2. Ledelse og drift af forvaltningsmyndighed og sekretariat

1. Ansvar for den operative drift ligger for forvaltningsmyndighedens vedkommende hos IB.SH og for sekretariatets vedkommende hos Region Syddanmark.
2. Forvaltningsmyndighed og sekretariat er hver for sig ansvarlig for, at driften etableres og oprettholdes med den aftalte kvalitet. Begge sørger løbende for, at de implementerede arbejdsgange og -processer bliver afstemt internt i forvaltningsmyndigheden og sekretariatet, men især også de to enheder imellem, og at de forløber effektivt både med hensyn til de personalemæssige, økonomiske og alle øvrige ressourcer.
3. Forvaltningsmyndighed og sekretariat deltager desuden i erfaringsudveksling og seminarer hos INTERACT og er partnere i de europæiske og nationale netværk.

3. Kontakt til EU-Kommissionen og nationale myndigheder

Kontakten til EU-Kommissionen og nationale myndigheder foregår via forvaltningsmyndigheden.

4. Servicering af Interreg-udvalget

1. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for servicering af Interreg-udvalget bistået af sekretariatet. Hertil hører organisatoriske opgaver (fastlæggelse af mødedatoer og -steder), udarbejdelse af dagsorden, udsendelse af mødebilag, forestå det forberedende arbejde til formandskabet og referatskrivning samt besvarelse af henvendelser fra medlemmerne og deltagelse i møder og formøder.
2. De indholdsmæssige emner, der skal behandles på udvalgsmøderne, er ud over dem, der falder ind under opgaverne som omhandlet i artikel 38 i forordning (EU) 2021/1060 og artikel 28 i forordning (EU) 2021/1059, spørgsmål om den strategiske styring af programmet, levering af informationer, der er relevante for programmet, og vedrører i særdeleshed behandling og bevilling af projektansøgningerne. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet er i fællesskab ansvarlige for, at

alle relevante informationer bliver bearbejdet og stillet til rådighed for Interreg-udvalget, og at det i givet fald får fremlagt forslag til forbedringer, så det kan varetage denne opgave.

3. Forvaltningsmyndigheden vil derfor fortrinsvis påtage sig de administrative opgaver og sekretariatet de projektrelaterede opgaver, herunder præsentation af de projekter, der skal træffes beslutning om.

5. Etablering af et elektronisk dataudvekslingssystem

1. Det er forvaltningsmyndighedens ansvar at sikre udvikling, vedligeholdelse og hosting af det elektroniske dataudvekslingssystem i henhold til artikel 69, stk. 8 i forordning (EU) 2021/1060.
2. Under udviklingen vil den blive bistået af Sekretariatet, som arbejder sammen med forvaltningsmyndigheden om afstemningen af kravene internt og med tjenesteudbyderen og støtter forvaltningsmyndigheden ved test af systemet eller dele heraf før ibrugtagning. Forvaltningsmyndigheden tilbyder bilateral støtte til projektansvarlige omkring brugen af systemet og udarbejder også relevante hjælpemidler.

6. Regnskabsfunktion i programmet

1. I sin egenskab af regnskabsførende har forvaltningsmyndigheden ansvaret for forvaltningen af programmidlerne.
2. Den forvalter de forskud, som EU-Kommissionen udbetaler som forudfinansiering og overvåger middelbindingen i programmet.
3. Forvaltningsmyndigheden udbetaler tilskuddene til projekterne og indgiver på baggrund af de projektansvarliges støtteberettigede udgifter udbetalingsansøgninger til EU-Kommissionen.
4. Forvaltningsmyndigheden registrerer eventuelle uregelmæssigheder og koordinerer indberetningen herom. Den foretager desuden modregning eller inddrivelse af uberettiget udbetalte beløb hos projekterne.
5. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for indsendelse af regnskab til EU-Kommissionen.

7. Bekæmpelse af svig

Forvaltningsmyndigheden udvikler egnede redskaber og procedurer til bekæmpelse af svig, og inddrager sekretariatet og arbejdet her i videreuddannelser og svindelforebyggende processer. De identificerede risici for svig i programmet indgår også som udgangspunkt for redskaberne og procedurerne.

8. Årsregnskab og slutafregning af Teknisk Bistand

1. Under forvaltningsmyndighedens ansvar udarbejder sekretariat og forvaltningsmyndighed årligt et budget og udarbejder desuden årligt et regnskab over planlagte og afholdte udgifter til forelæggelse for Interreg-udvalget hhv. programpartnerne. Dette skal afspejle dækningen af omkostningerne over de faste takster til Teknisk Bistand.
2. Forvaltningsmyndigheden dækker sin egen andel over de faste takster til Teknisk Bistand og videresender sekretariatets andel til forholdsmæssig dækning af dets udgifter.
3. Forvaltningsmyndigheden dækker forholdsmæssigt sine udgifter over programpartnernes medfinansieringsandele og videresender sekretariatets andel til forholdsmæssig dækning af dets udgifter.
4. Ved programmets afslutning foretages der under forvaltningsmyndighedens ansvar og med bistand fra sekretariatet slutafregning med programpartnerne på grundlag af de faktiske udgifter.

9. Implementering af kommunikationsstrategien

1. Det er sekretariatets hovedansvar at udarbejde, opdatere og implementere kommunikationsstrategien, og foretage afstemning med forvaltningsmyndigheden.
2. Kommunikationsstrategien fastlægger målgruppen, tiltagene, kanalerne og tidsrammen for PR-arbejdet, idet sekretariatet drager omsorg for, at implementeringen sker i overensstemmelse med denne strategi. Tiltagene gennemføres efter afstemning med forvaltningsmyndigheden.
3. Sekretariatet har også ansvaret for at lade projekternes status- og årsrapporter indgå i implementeringen af kommunikationsstrategien.
4. Derudover tilbyder sekretariatet - alt afhængigt af emne og i samarbejde med forvaltningsmyndigheden - workshops for de projektansvarlige om forskellige emner vedrørende projektgennemførelsen.

10. Udarbejdelse og opdatering af støtteretningslinjer

1. Forvaltningsmyndigheden er hovedansvarlig for udarbejdelse af støtteretningslinjer ved programmets start samt for den løbende optimering og opdatering af disse og varetager denne opgave i samarbejde med sekretariatet.
2. Det er programmets mål, at alle dokumenter er bindende, brugervenlige og letforståelige.
3. Indholdet af disse dokumenter afstemmes mellem forvaltningsmyndigheden og sekretariatet.

11. Projektinitiering og projektrådgivning

1. Sekretariatet har hovedansvaret for at initiere projekter. Regelmæssig kontakt til projektaktører og programpartnernes administrative repræsentanter samt et aktuelt vidensniveau om programregionens udvikling udgør i den forbindelse en nødvendig del af opgaven.

2. Sekretariatets opgave er at sikre den nødvendige deltagelse af relevante aktører. Dette sker gennem målrettet information (bl.a. individuel rådgivning og prioritetsorienterede workshops samt generelle informationsarrangementer) og rådgivning af potentielle ansøgere og hænger tæt sammen med kommunikationsarbejdet for programmet. Aktørerne modtager vejledning om støttemulighederne og merværdien af at deltage i et projekt. Forvaltningsmyndigheden bistår sekretariatet ved specifikke støtteretlige problemstillinger.
3. Sekretariatet har hovedansvaret for at kontrollere og vurdere de indsendte projektidéer. De kontrolleres med henblik på, om projektidéen kan yde et bidrag til programmet. Sekretariatet kommer med en vurdering af, om det er muligt at gennemføre aktiviteterne, og om budgettet fremstår plausibelt og korrekt. Forvaltningsmyndigheden kommer med en vurdering af, om projektidéen vil være støtteberettiget og af, om projektpartnerne er i besiddelse af den fornødne kapacitet. Dette omfatter også en vurdering vedrørende statsstøtte.
4. Sekretariatet tilbyder vejledning om udarbejdelse af projektansøgninger.

12. Vurdering og kontrol af projektansøgninger, herunder legalitetskontrol

1. Sekretariatet har hovedansvaret for at kontrollere og vurdere de indsendte projektansøgninger. Ansøgningerne skal kontrolleres med hensyn til plausibilitet og korrekthed samt, om projektet kan yde et bidrag til programmet, og om de beskrevne mål og aktiviteter samt det tilhørende budget er plausible og korrekte.
2. Forvaltningsmyndigheden har hovedansvaret for legalitetskontrollen af projektansøgningerne. Ansøgningerne skal kontrolleres med hensyn til, om de er støtteberettigede samt, om de projektansvarlige besidder den fornødne kapacitet til at kunne gennemføre ansøgningen i den beskrevne form. Kontrollen omfatter også statsstøtte.
3. Til dette formål etablerer forvaltningsmyndighed og sekretariat effektive processer og kontrolprocedurer.
4. Hver projekt behandles efter fire-øjne-princippet, således at der ved den indholdsmæssige vurdering af en ansøgning finder en udveksling sted mellem den ansvarlige sagsbehandler i sekretariatet og det øvrige sekretariatsteam. Derudover kan der også inddrages fagligt sagkyndige.
5. Til hvert projekt skal der udpeges en sagsbehandler i sekretariatet som tovholder, der samtidig er ansvarlig kontaktperson for leadpartner i projektet. Hele dialogen i projektforløbet foregår gennem leadpartner, i reglen på leadpartners sprog.
6. De projektansvarlige får mulighed for at forbedre en indsendt ansøgning og afhjælpe fejl og mangler. I den forbindelse modtager de forslag og kommentarer efter den første vurdering og kontrol af en projektansøgning (jf. pkt. 2. og 3.). Tilbagemeldingen indeholder samtidig letforståelige løsningsforslag, der bidrager til optimering og fejlretning, så de projektansvarlige kan revidere ansøgningen hurtigst muligt og med få ressourcer.

7. Sekretariatet har ansvaret for at udarbejde indstillinger. Sekretariatets og forvaltningsmyndighedens respektive vurderinger af ansøgningerne indgår i indstillingen til Interreg-udvalget, som sekretariatet afstemmer endeligt med forvaltningsmyndigheden. Til dette formål etablerer forvaltningsmyndighed og sekretariat effektive processer.
8. Ansøgningsproceduren vil have faste frister, inden for hvilke de projektansvarlige modtager en skriftlig tilbagemelding om vurderingen af deres ansøgning. Dette er sekretariatets ansvarsområde og afstemmes med forvaltningsmyndigheden.

13. Indgåelse af leadpartneraftalen

1. Få dage efter behandlingen af et projekt i Interreg-udvalget modtager de projektansvarlige en meddelelse fra forvaltningsmyndigheden om udvalgets beslutning.
2. Hvis projektet er blevet bevilget støtte, informeres de projektansvarlige om, hvornår leadpartneraftalen kan udstedes.
3. Såfremt projektet mangler at opfylde betingelser, inden bevillingen kan træde i kraft, opretholder forvaltningsmyndigheden en tæt dialog med sekretariatet herom, som igen informerer forvaltningsmyndigheden, når de indholdsmæssige forudsætninger for udstedelse af en leadpartneraftale er opfyldt.
4. Derefter indgår projektet en aftale med forvaltningsmyndigheden via leadpartner. Leadpartneraftalen indeholder alle oplysninger om projektpartnerens rettigheder og pligter samt eventuelle frister, der skal overholdes. Projektpartnerne indgår indbyrdes en partneraftale, som skal uploades i det elektroniske dataudvekslingssystem senest otte uger efter udstedelse af leadpartneraftalen. Partneraftalen er en forudsætning for refusion af udgifter.

14. Generel servicering af projekterne og servicebesøg

1. Under projektgennemførelsen foregår al dialog med projekterne via sekretariatet. De ansvarlige sagsbehandlere i sekretariatet står til rådighed for de projektansvarlige ved spørgsmål og tilbyder omfattende vejledning og bistand. Projektaktørerne vil særligt få støtte og vejledning om gennemførelsen, kommunikationsarbejdet og budgetteringen. I den forbindelse bistår forvaltningsmyndigheden sekretariatet ved specifikke støtteretlige spørgsmål.
2. Ved projektstart informerer forvaltningsmyndigheden projektpartnerne om kravene med hensyn til lovlig og korrekt afregning af projektomkostninger.
3. Denne service omfatter også et besøg (personligt eller online) hos leadpartner sammen med de øvrige projektpartnere. Her kan alle aspekter italesættes, og der gives anbefalinger med henblik på en vellykket gennemførelse af projektet og dets fremskridt, jf. bilagets pkt. 16.

15. Ændringer i projekter

1. Sekretariatet kontrollerer og vurderer ændringsansøgninger. Alt afhængigt af typen skal ansøgningerne kontrolleres med hensyn til plausibilitet og korrekthed samt, om ændringerne passer til

projektets målopfyldelse, og om ændringerne dækker den samlede bevilgede ramme. Desuden kontrolleres det, om det tilhørende budget er plausibelt og korrekt.

2. Forvaltningsmyndigheden har hovedansvaret for legalitetskontrollen af en ændringsansøgning. Ændringsansøgningerne skal kontrolleres med hensyn til, om de er støtteberettigede samt, om evt. nye projektpartnere besidder den fornødne kapacitet til at kunne gennemføre ansøgningen i den beskrevne form. Kontrollen omfatter også statsstøtte.
3. Til dette formål etablerer forvaltningsmyndighed og sekretariat effektive processer og kontrolprocedurer.

16. Monitorering og evalueringer samt rapportering til EU-Kommissionen

1. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for implementeringen af monitoreringskonceptet og varetager opgaverne som omhandlet i artikel 18 i forordning (EU) 2021/1060 og bistår i den forbindelse af sekretariatet.
2. Monitoreringskonceptet omfatter et koncept til måling af og opfølgning på projektfremskridt og resultater og dermed programmets fremskridt og indebærer også midtvejsevaluering senest den 31.3.2025 samt fremsendelse af data i henhold til artikel 42 og 43 i forordning (EU) 2021/1060.
3. Forvaltningsmyndigheden har desuden ansvaret for behovsorienterede evalueringer, analyser eller rundspørger, der rækker ud over disse iht. pkt. 2.
4. Inden for de rammer, der er fastlagt i forordningen, benytter forvaltningsmyndigheden i den forbindelse bl.a. også eksterne tjenesteudbydere.
5. Senest den 15.2.2031 skal der indsendes en afsluttende præstationsrapport til EU-Kommissionen. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for udarbejdelse og indsendelse.

17. Kontrol af status- og årsrapporter, forvaltningsverificering og udbetaling af støttemidler

1. Projektpartnerne indsender via leadpartner til de i leadpartneraftalen bestemte frister rapporter om projektets indholdsmæssige og finansielle fremskridt (udbetalingsanmodning). Som udgangspunkt skal der indsendes udbetalingsanmodninger to gange om året.
2. Forvaltningsmyndigheden udfører forvaltningsverificeringerne ifølge art. 74 FO (EU) 2021/1060 og art. 46 stk. 1 FO (EU) 2021/1059 og fastsætter herfor de relevante procedurer (og checklister), som beskrives i forvaltnings- og kontrolsystemet ifølge art. 69 stk. 11 FO (EU) 2021/1060.

De ansvarlige medarbejdere har dansk og tysk sprogkendskab og relevante kompetencer og kendskab til dansk lovgivning og videreuddanner sig løbende til varetagelse af opgaven.

3. I forbindelse med revisionen kontrolleres alle projektpartneres omkostninger med hensyn til rigtighed, korrekt tilordning og regnskabsmæssig rigtighed. I de tilfælde hvor der anvendes forenklede omkostningsmuligheder (jf. art. 53 stk. 1 (b) – (e) FO (EU) 2021/1060), kontrolleres om dette

anvendes korrekt. Revisionen afsluttes med en sammenligning af projektets indholdsmæssige fremskridt og omkostningerne. Hertil benyttes enten en to-trins-proces eller en forenklet et-trins-proces:

- Mindst hver tolvte måned kontrolleres der i to trin (to-trins-forvaltningsverificering). Parallelt med forvaltningsmyndighedens forvaltningsverificering kontrollerer sekretariatet med en detaljeret fremdriftsrapport fra projektet, hvorvidt projektet opnår dets milepæle, og om omkostningerne står i et plausibelt forhold hertil (fremdriftskontrol).
 - De mellemliggende udbetalingsanmodninger sammen med statusrapporterne (for de første 6 måneder af hver projektperiode) kontrolleres grundlæggende set kun af forvaltningsmyndigheden i en såkaldt et-trins-forvaltningsverificering. Hvis plausibilitetskontrollen her viser afvigelser i projektfremdriften, inddrages sekretariatet til afklaring og vurdering.
 - Forvaltningsmyndigheden har hovedansvaret for gennemførelsen af processen med udbetalingsanmodningerne i to-trins- og et-trins-procedurer. Det gælder også kommunikationen med projekterne.
1. Revisionerne gennemføres med risikobaserede stikprøver. Som grundlag for denne fremgangsmåde udarbejder forvaltningsmyndigheden en revisionsstrategi. Revisionsstrategien indeholder blandt andet en detaljeret beskrivelse af udførelsen med hensyn til risikobehæftede nøglepositioner og stikprøvemetode. Metoden kontrolleres løbende og tilpasses efter behov.
 2. Som en del af forvaltningsverificeringen gennemfører forvaltningsmyndigheden endvidere stikprøvebaserede på-stedet-kontroller hos projekterne. Mindst en projektpartner fra hvert projekt skal kontrolleres en gang i projektløbetiden.
 3. Forvaltningsmyndigheden forestår udbetalingerne, når det er fastslået, at de anmeldte omkostninger er lovlige og korrekte. Mellem forvaltningsverificering og udbetaling anvendes 4 øjne-princippet. I to-trins-processen (ifølge pkt. 3) kan udbetalingen kun finde sted efter kontrol af begge (sekretariat og forvaltningsmyndighed) kontrolresultaters overensstemmelse. Hvis kontrolresultaterne afviger fra hinanden, afklares det af forvaltningsmyndigheden. Den afsluttende vurdering, som er forudsætningen for hver enkel udbetaling, påhviler forvaltningsmyndigheden.
 4. Den sidste fremdriftsrapport for et projekt er slutrapporten. Efter forvaltningsmyndighedens kontrol (to-trins-proces) udarbejder forvaltningsmyndigheden en afsluttende meddelelse, der inkluderer de forpligtelser, som fortsat består efter projektets afslutning.

18. 2nd-level-kontrol og samarbejde med revisionsmyndigheden

5. Kontakten til revisionsmyndigheden foregår via forvaltningsmyndigheden, der koordinerer revisionsmyndighedens opgaver i forbindelse med regnskabsfunktion.
6. I sin egenskab af regnskabsførende leverer forvaltningsmyndigheden de nødvendige data og informationer til revisionsmyndigheden, så denne kan foretage disse kontroller.
7. Forvaltningsmyndigheden er med bistand fra sekretariatet tovholder for behandlingen af follow-ups i forbindelse med eventuelle uoverensstemmelser og fejl.

19. Implementering af fonde for mindre projekter

1. Forvaltningsmyndighed og sekretariat faciliterer ansøgerne og støttemodtagerne under fonde for mindre projekter ved implementeringen af fondene.
2. De rådgiver særligt de fondsansvarlige om støtteretlige spørgsmål og med henblik på programets indhold og målopfyldelse.

20. Beskrivelse og opdatering af forvaltnings- og kontrolsystemet

1. Forvaltningsmyndigheden er hovedansvarlig for udarbejdelse og indsendelse af beskrivelsen af forvaltnings- og kontrolsystemet i henhold til artikel 69, stk. 11 i forordning (EU) 2021/1060. Den bistår i den forbindelse af sekretariatet, som leverer de nødvendige informationer til forvaltningsmyndigheden og afstemmer beskrivelsens indhold med denne.
2. Systemerne kontrolleres løbende og skal evt. opdateres og tilpasses ved behov.

Anlage 3

Budget der Administration und Finanzierung (Technische Hilfe Interreg 6A 2021-2030)

Gesamtbudget der Administration	
Budget gem. Beschluss der Steuerungsgruppe 17.06.21	€ 12.600.000
Betrag Aufgabe Verwaltungsüberprüfungen gem. Art. 3, Abs. j)	€ 1.500.000
Gesamtbudget	€ 14.100.000

Tabelle 2

Finanzierung der Technischen Hilfe	
1. EU-Zuschuss/EFRE-Beitrag	
max. EFRE-Anteil 7% von 87,6 Mio € *	€ 6.134.584
2. Kofinanzierung	
a) Kofinanzierung Programmpartner gem. Beschluss Steuerungsgruppe 17.06.21	€ 6.300.000
b) Finanzierungsbedarf des reduziertem ERFE-Anteils (s. Art 3 j.I.)	€ 165.416
c) Finanzierungsbedarf der Verwaltungsüberprüfungen (s. Art. 3 j.III)**	€ 1.500.000
Gesamtfinanzierung	€ 14.100.000

Tabelle 3

Kofinanzierungsanteile Technische Hilfe Programmpartner (Stand 17.06.21)			
Gesamtfinanzierung	€		12.600.000
Kofinanzierung gesamt	€		6.300.000
Kofinanzierung D	€		3.150.000
Kofinanzierung DK	€		3.150.000
	gesamt		jährlich
Region Syddanmark	1.868.846 €		207.650 €
Region Sjælland	1.281.154 €		142.350 €
Ostholstein	376.559 €		41.840 €
Plön	290.008 €		32.223 €
Lübeck	395.820 €		43.980 €
Nordfriesland	334.896 €		37.211 €
Schleswig-Flensburg	377.302 €		41.922 €
Flensburg	243.968 €		27.108 €
Rendsburg Eckernförde	467.573 €		51.953 €
Kiel	432.275 €		48.031 €
Neumünster	231.600 €		25.733 €
gesamt	6.300.000 €		700.000 €

Bevölkerungsanteile				
Region Syddanmark	1.223.634		59%	
Region Sjælland	838.840	2.062.474	41%	Sockelbetrag D
Ostholstein	200.539			15.000
Plön	128.686			15.000
Lübeck	216.530			15.000
Nordfriesland	165.951			15.000
Schleswig-Flensburg	201.156			15.000
Flensburg	90.464			15.000
Rendsburg Eckernförde	276.098			15.000
Kiel	246.794			15.000
Neumünster	80.196	1.606.414		15.000
				135.000

* Betrag abhängig von den gemeldeten förderfähigen Gesamtkosten der Projekte in Höhe von max. 87.636.921 €, entspricht Gesamtprogrammvolume in Höhe von 93,8 Mio. € (s. Art. 3 j.II)

** Die Programmpartner sind sich einig, dass die Verwaltungsüberprüfungen Teil der Technischen Hilfe mit bis zu 1,5 Mio. Euro sind. Die Position wird im Zusammenhang mit der geplanten Budgetüberprüfung zum 30.06.2026 festgelegt.

Bilag 3

Administrationens budget og finansiering (Teknisk Bistand Interreg 6A 2021-2030)

Samlet budget for administrationen	
Budget ifølge styregruppens beslutning 17.06.21	€ 12.600.000
Beløb opgave forvaltningsverificeringer ifølge art. 3, stk. j)	€ 1.500.000
Samlet budget	€ 14.100.000

Tabel 2

Finansiering af Teknisk bistand	
1. EU-tilskud/EFRU-beløb	
Max. EFRU-andel 7 % af 87,6 mio € *	€ 6.134.584
2. Medfinansiering	
a) Medfinansiering programpartnere ifølge styregruppens beslutning 17.06.21	€ 6.300.000
b) Finansieringsbehov ifm. den reducerede EFRU-andel (se art. 3 j.1.)	€ 165.416
c) Finansieringsbehov ifm. forvaltningsverificeringerne (se art. 3 j.III)**	€ 1.500.000
Samlet finansiering	€ 14.100.000

Tabel 3

Medfinansieringsandele Teknisk bistand programpartnere (pr. 17.06.21)			
Samlet finansiering		€	12.600.000
Medfinansiering, samlet		€	6.300.000
Medfinansiering D		€	3.150.000
Medfinansiering DK		€	3.150.000
	Samlet		Årligt
Region Syddanmark	1.868.846 €		207.650 €
Region Sjælland	1.281.154 €		142.350 €
Ostholstein	376.559 €		41.840 €
Plön	290.008 €		32.223 €
Lübeck	395.820 €		43.980 €
Nordfriesland	334.896 €		37.211 €
Schleswig-Flensburg	377.302 €		41.922 €
Flensburg	243.968 €		27.108 €
Rendsburg Eckernförde	467.573 €		51.953 €
Kiel	432.275 €		48.031 €
Neumünster	231.600 €		25.733 €
Samlet	6.300.000 €		700.000 €

Befolkningsandele				
Region Syddanmark	1.223.634		59%	
Region Sjælland	838.840	2.062.474	41%	Grundbeløb D
Ostholstein	200.539			15.000
Plön	128.686			15.000
Lübeck	216.530			15.000
Nordfriesland	165.951			15.000
Schleswig-Flensburg	201.156			15.000
Flensburg	90.464			15.000
Rendsburg Eckernförde	276.098			15.000
Kiel	246.794			15.000
Neumünster	80.196	1.606.414		15.000
				135.000

* Beløb afhænger af de oplyste samlede støtteberettigede omkostninger for projekterne på max. 87.636.921 €, ved det samlede programvolumen på 93,8 mio. € (se art. 3 j.II)

** Programpartnernerne er enige om, at forvaltningsverificeringer indgår i den tekniske bistand med et budget på op til 1,5 mio. euro. Posten fastlægges i forbindelse med planlagt budgetrevision pr. 30. juni 2026